Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung — GEB

Loseblattsammlung

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

Nr. 1: Nicaragua (Überarbeitete Neuauflage 1985). Geschichte, Volksaufstand, Neuaufbau, Krieg, BRD - Nicaragua DM 6,--

Nr. 3: Peru. Kolonialgeschichte, Wirtschaft, das Scheitern des "Dritten Weges", Eingreifen des IWF, Widerstand des Volkes DM 5,--

Nr. 4: Zigeuner. Mythos und Verfolgung, Kultureller Widerstand seit 500 Jahren, Wie Zigeuner die Sache sehen DM 5,--

Nr. 5: Iran. Geschichte, Beziehungen BRD - Iran, Volksaufstand, Islamische Republik DM 5,--

Nr. 6: Welthandel I. Geschichte und Gegenwart, Wie frei ist der "freie Handel"? Welthandel und Hunger DM 5,--

Nr. 7: Kolonialismus DM 6,--

Nr. 8/9: Welthandel II. Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern - Beispiel Tschad DM 10,--

Nr. 10: Bolivien (überarbeitete Neuauflage 1985) Strukturdaten, Soziale und wirtschaftliche Probleme, Rohstoffe und Abhängigkeit, Unterdrückung und Widerstand, Redemokratisierung und Krise DM 6,--

Nr. 11: Imperialismus. Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, Auswirkungen des Imperialismus in den abhängigen Ländern, Konkurrenz der imperialistischen Länder, Wettrüsten und Krieg, Imperialismus heute? DM 5,--

Nr. 12: Großtechnologie. Entwicklungsprojekte in Brasilien: Staudammbau, Atomkraftwerke, Alkohol aus Zuckerrohr DM 6,--

Nr. 13: Tourismus in der Dritten Welt. Wirtschaftliche Faktoren, Kulturelle Aspekte, Alternativtourismus, Konsequenzen DM 6,--

Nr. 14: Modernisierung des Elends. Drei Familiengeschichten aus: Mexiko, Brasilien, Chile DM 6,--

Nr. 15/16: Waffenexport. Das Geschäft mit der Aufrüstung der Dritten Welt DM 12,--

Nr. 17: Politische Flüchtlinge. Asylsuchende in der BRD, Fallbeispiel Türkei DM 6,--

Nr. 18: Türken in Deutschland. Arbeitsmigration, Leben in der BRD, Diskriminierung? Herkunftsland Türkei DM 6,--

Nr. 19/20: Israel in Palästina. Antisemitismus/Zionismus, Palästina vor der Gründung des Staates Israel, Palästina heute DM 12,--

Nr. 21: Brasilianischer Zucker. Kalorien für Autos statt für Menschen DM 6,--

Broschüre:
STRASSENKINDER in Nicaragua. 36 S. A4-quer, 40 Abb. DM 6,--

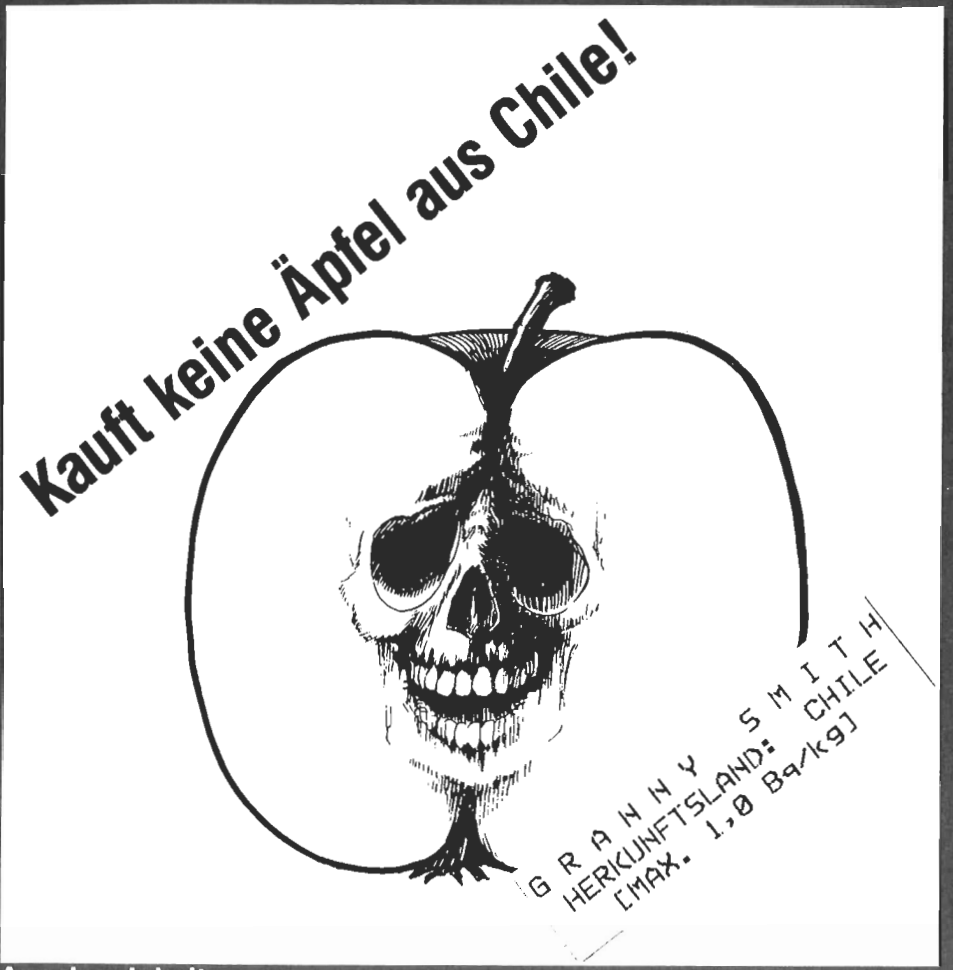
Postkartenserie:
STRASSENKINDER in Nicaragua. 8 Postkarten mit Kinderzeichnungen und Fotos aus Nicaragua DM 5,--

Bestellungen an:
LN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D - 1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN 149

Berlin (West) Juni 1986 DM 4,50



Aus dem Inhalt:

CHILE: Santiago am 1. Mai — Interview mit Manuel Bustos — Kultur des Widerstands oder Widerstand der Kultur / **GUATEMALA:** 3 Monate Christdemokratie / **DOMINIKANISCHE REPUBLIK:** Zuckerrohr und Menschenrechte / **PERU:** Alan García und die Sozialistische Internationale / **FILM:** Kurzfilmtage in Oberhausen — **USA:** Kreditvergabe

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial 3
— CHILE: Santiago am 1. Mai: Eine besetzte Stadt 5
Interview mit Manuel Bustos 7
Kultur des Widerstands oder Widerstand der Kultur 13
In Erinnerung an eine Freundin 19
— GUATEMALA: Drei Monate Christdemokratie 20
— DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Zuckerrohr und Menschenrechte 25
— PERU: Alan García und die Sozialistische Internationale 31
— FILM: 32. Kurzfilmtage in Oberhausen 37
— USA: Die Stimme des Imperiums 41
— SOLIDARITÄT: Laura Pinto in El Salvador entführt 44
— REZENSION: Ein Tod in der Familie Sanchez 46
— ZEITSCHRIFTENSCHAU 48
— EINGEGANGENE BÜCHER 49
— TERMINE 49

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 149
Juni 1986
Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174 - 6342
Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 22. Mai 1986
Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-
Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103
Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Die unsichtbare Wolke kam, senkte sich und strahlte. Und sie bestimmt nun schon seit Wochen die Schlagzeilen in den Medien, fast alle Gedanken kreisen um Tschernobyl und seine Folgen, auch der überzeugteste Öko ändert radikal seine Lebens- und Ernährungsgewohnheiten. War die Reaktion im westlichen Lager am Anfang noch durch Häme und Schadenfreude über den vermeintlichen Beweis der Unterlegenheit des Sozialismus gekennzeichnet, stellte sich dies später als recht gefährlicher Bumerang heraus: Es mehrten sich durchaus profilierte Stimmen, die den angeblich so viel höheren Sicherheitsstandard z.B. bundesdeutscher AKWs in Zweifel zogen. Dabei ist es recht aufschlußreich, daß jedes Land seinen Bürgern ziemlich erfolgreich die Überzeugung vermittelt, gerade die dortigen AKWs seien die sichersten, egal ob in Frankreich, England, den USA oder eben der BRD. Noch immer weigern sich die Technokraten der Atomlobby einzusehen und zuzugeben, daß Sicherheit in der Atomindustrie immer nur relativ sein kann und die fatalen Folgen eines Unfalls durch dessen geringe Wahrscheinlichkeit eben nicht vermindert werden können. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die kapitalistische Nutzung der Kernenergie in keiner Weise von der sozialistischen. Das Verhalten der sowjetischen Regierung nach dem Reaktorunfall in der Ukraine kann nur als grob fahrlässig bezeichnet werden, es sei denn, mann/frau geht davon aus, daß der sozialistische Mensch mittlerweile so weit überlegen ist, daß ihm radioaktive Strahlung nichts anhaben kann.

Gerade in der Informationspolitik über den "nuklearen Zwischenfall" lassen sich vielsagende Parallelen zwischen "Ost" und "West" erkennen. Hüben wie drüben wurde die Bevölkerung durch systematische Desinformation im Unklaren über die Folgen der radioaktiven Verseuchung gelassen. Willkürlich wurden Grenzwerte festgelegt, hinter denen die führenden Politiker in diesem unseren Land ihre unübersehbare Ignoranz zu verbergen versuchten und dabei kläglich scheiterten. Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder auf jedem Gebiet Bescheid wissen kann, genauso wie jeder fast überall auf der Welt Ausländer ist; fatal wird es nur, wenn sich z.B. unsere Politiker - unbelastet von jeglichem Fachwissen - zu Themen wie der Gefährdung durch Fallout und Strahlen äußern und dadurch jede Verantwortung für die Gesundheit der Bürger vermissen lassen. Dies hat sich im wahrsten Sinne des Wortes in den jüngsten Ereignissen in Wackersdorf bestätigt. Und je stärker die Atomlobby in einem Land ist, desto stärker wird verharmlost und abgewiegelt.

All dies ist weitgehend bekannt, hat wochenlang die Seiten der bundesrepublikanischen Presse gefüllt, hat berechtigte Ängste geschürt und endlich Widerstand hervorgebracht. All dies ist aber auch nicht ganz ohne Zynismus zu sehen: Es bedurfte erst eines "Super-GAUs", um die längst totgeglaubte Anti-Atom-Bewegung wiederzubeleben - ein Zeichen dafür, wie schnell der Gewöhnungsprozeß gegenüber schleichenden Gefahren ist.

*Es zeigt sich aber auch, wie ich-fixiert das Weltbild vieler ist: Angst vor der Atomtechnologie hier, wo **wir** direkt betroffen sind, Desinteresse dort, wo atomare Wolken die Menschen auf den Pazifikinseln nach französischen Atomtests einnebeln und Exporte von Atomanlagen niedrigeren Sicherheitsstandards die Bevölkerung Argentiniens und Brasiliens bedrohen.*

Unsere berechtigten Sorgen und Ängste sollten sich nicht nur im Kauf von Produkten niedrigerer Becquerelwerte niederschlagen, wir müssen vielmehr erkennen, daß nur ein entschiedener Widerstand eine weitere Gefährdung der Menschheit durch die internationale Atomindustrie verhindern kann. Daß in WAAckersdorf nicht nur Polizeispitzel anzutreffen waren, dürfte trotz ihrer führenden Beteiligung an den "Krawallen" jedermann klargeworden sein. Nicht zuletzt ein Ergebnis der wiedererstarkten Anti-Atom-Bewegung ist die angekündigte Verschiebung der Einbeziehung von Brokdorf in das Netz. Die LN fordern ihre Leser auf, sich an zukünftigen Aktionen in Brokdorf, Wackersdorf, Mutlangen und anderswo zu beteiligen.

Um den mitteleuropäischen Informationsschatten unter der Strahlenwolke etwas "aufzuhellen" - was z.B. die Lateinamerika-Berichterstattung betrifft -, bedarf es schon einer deutschen Beteiligung an einem internationalen Parlamentarier-Treffen in Santiago de Chile und vor allem der Entführung deutscher Staatsbürger in Nicaragua. Acht Internationalisten sind nun der neuen Contra-Politik zum Opfer gefallen, verstärkt ausländische Mitarbeiter und Helfer zum Ziel ihrer Angriffe zu machen. Damit soll die Unterstützung für die Sandinisten aus dem Ausland langfristig unterbunden werden, um die Aktivitäten der Contra in Nicaragua besser vor der Weltöffentlichkeit verbergen zu können.

alles in Butter

- Jod 131
- Cäsium
- Strontium
- Neptunium
- Plutonium
- .....

Den in der Heftmitte eingehefteten Bogen mit 15 gelben Aufklebern zum Atom-Skandal haben wir noch vorrätig.
15 Bogen für DM 3,- oder
30 Bogen für DM 5,-- incl. Porto gegen Vorausüberweisung auf unser Postgirokonto 662 83 - 103 beim Postgiroamt Berlin-West, Stichwort "Spuckis".
Bitte schreibt Euren Absender gut lesbar auf den Empfängerabschnitt. Sonst wissen wir nicht, wo wir die Spuckis hinschicken sollen.

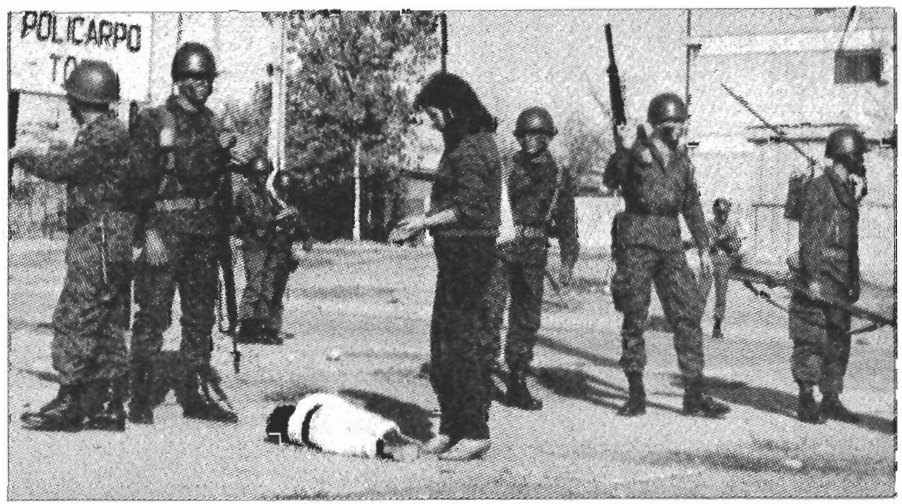
CHILE

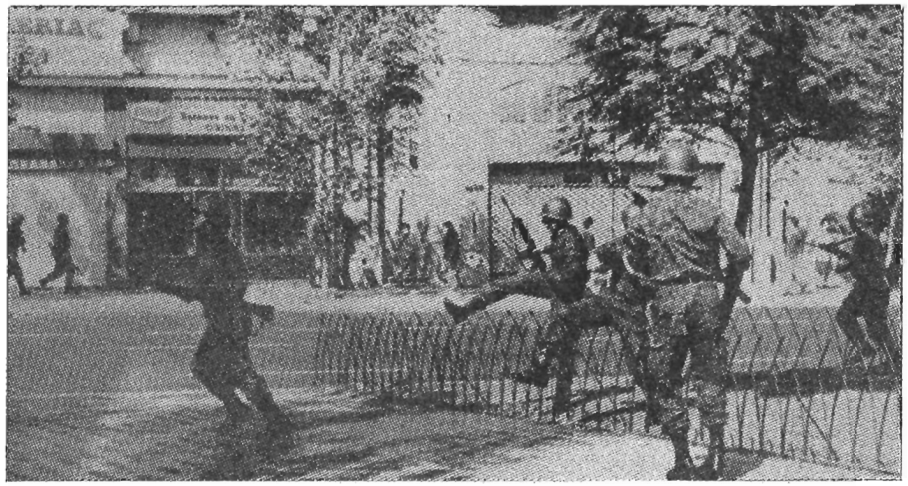
Santiago am 1. Mai: Eine besetzte Stadt

Da eine erneute Verhängung des verschärften Ausnahmezustands innerhalb der Armee auf Widerstand stößt, hat General Pinochet nun eine Lösung gefunden, die für ihn charakteristisch sein dürfte: er ließ seine Truppen wie im Belagerungszustand agieren, ohne ihn formal zu verkünden.

Bereits im Vorfeld des diesjährigen Maifeiertages kam es daher zu massenhaften Verhaftungen und großangelegten Durchsuchungsaktionen in den Poblaciones rund um Santiago, die sich auch in den ersten Maiwochen fortsetzten. Zigtausende Chilenen werden wieder einmal in Fußballstadien zusammengetrieben, verhört und mit einem Stempel gekennzeichnet, um dem Geheimdienst die Arbeit zu erleichtern; so brauchen sie niemanden doppelt zu überprüfen.

Trotz der militärischen Besetzung der chilenischen Hauptstadt wurde der Aufruf des Nationalen Arbeiterkommandos CNT von der Opposition befolgt, den Tag der Arbeit auf der Straße zu begehen. Überall in der Stadt stieß man auf Soldaten, die sich zur Abschreckung und vor allem zur Wahrung ihrer Anonymität die Gesichter geschwärzt hatten; die ebenfalls reichlich anzutreffende Polizei warf mit den gefürchteten Tränengasbomben und verhaftete fast 1000 Oppositionelle. Dennoch konnten sich immer wieder Demonstrationszüge bilden, es wurden Parolen gegen das Regime angestimmt und Spruchbänder ausgebreitet. Als sich eine Demonstration auf der Alameda, der





Hauptstraße Santiagos, zu formieren begann und die Polizei diese trotz gewaltsamer Repression nicht mehr aufhalten konnte, sprangen plötzlich hinter Bäumen und aus den umliegenden Häusern Soldaten hervor und zwangen die Protestierenden mit schußbereiten Waffen in die Flucht - Pinochets Krieg gegen das eigene Volk ist alles andere als ein Spiel: Zu einigen Offizieren soll der Diktator jedenfalls gesagt haben: "Meine Herren, wir sind im Krieg!"

Nach dieser Devise wurden auch in- und ausländische Journalisten von der Armee bedroht und zum Herausgeben ihres Filmmaterials gezwungen. Unter den über 800 unmittelbar bei der Demonstration Verhafteten befanden sich auch die führenden Vertreter des CNT; zur gleichen Zeit wurden mehrere Gewerkschaftssitze durchsucht und zum Teil verwüstet, in den Räumen der Lehrergewerkschaft wurden dabei 56 Personen festgenommen. Die Zahl der Verletzten bei den diesjährigen "Maifeierlichkeiten" dürfte sich auf mehrere Hunderte belaufen.

Die Repression des Militärregimes ging nach dem 1.Mai in den Siedlungen am Stadtrand von Santiago weiter. Eine Población nach der anderen wurde durchkämmt, wie immer unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung. Pinochet versucht, den immer stärker aufflackernden Protest schon im Keim zu ersticken, koste es, was es wolle. Offenbar hat er seine Lektion aus dem Sturz von Marcos und Duvalier gelernt: Im Ernstfall kann er auf Hilfe von außen nicht zählen, er muß sich auf seine eigene Stärke verlassen. Und die liegt immer noch - trotz erneut diskutierter Risse zwischen den Waffengattungen - im chilenischen Militär.

Interview mit Manuel Bustos

ICH HABE NIE VON "DEM ENTSCHEIDENDEN JAHR" GESPROCHEN

DIE ARBEITER DÜRFEN NICHT MEHR FORDERN, ALS DAS LAND ZU GEBEN IN DER LAGE IST.

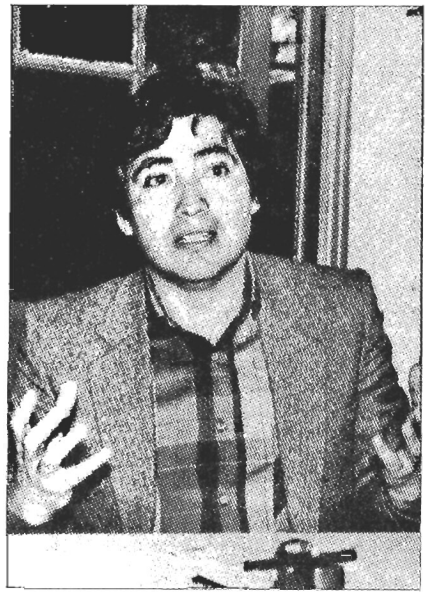
Manuel Bustos ist einer der international bekanntesten Gewerkschafter Chiles. Er ist seit deren Entstehung Vorsitzender der Nationalen Gewerkschaftskoordination CNS und stellvertretender Vorsitzender des nationalen Arbeiterkommandos CNT. Immer wieder war Bustos der Repression des Pinochet-Regimes ausgesetzt, wurde 1983 des Landes verwiesen, wiederholt verhaftet und geschlagen, zuletzt am 1.Mai dieses Jahres. Daß Manuel Bustos dem starken christdemokratischen Flügel der chilenischen Gewerkschaftsbewegung angehört, wird auch im nachstehend abgedruckten Interview deutlich, das vor kurzem in Santiago mit ihm geführt wurde.

Frage: *Auf den Philippinen und auf Haiti konnten sich deren Völker von ihren Diktatoren befreien; was bedeutet diese Tatsache für die chilenische Opposition; hat sie die derzeitigen Annäherungsversuche zwischen den politischen oppositionellen Blöcken begünstigt? Und gibt es auf Gewerkschaftsebene ähnliche Entwicklungen?*

M.B.: Die Vorgänge auf den Philippinen und auf Haiti sind als politische Lösungen für diese Länder sehr interessant. Verschiedene Faktoren sind aber in Chile noch nicht gegeben: Zuerst einmal die Intervention; es muß hervorgehoben werden, daß die Vereinigten Staaten dies in Chile nicht gemacht haben. Dies ist ein grundlegender Punkt. Der Kampf des philippinischen Volkes ist ein sehr bedeutender. Es ist aber auch eine besondere Situation, die dort durch politische Wahlen hervorgerufen wurde. Dies gibt es in Chile nicht. Man schuf auf den Philippinen einen gewissen demokratischen Spielraum, indem eine Wahlkampagne durchgeführt und ein politischer Führer aufgebaut wurde, die Wahlen fanden zwischen zwei Seiten statt - Marcos und Corazón Aquino -, wodurch sich die Opposition hinter ihrer Kandidatin formieren konnte.
In Chile haben wir bisher weder Wahlen noch einen Kandidaten gehabt. Die Voraussetzungen der Vorgänge auf den Philippinen sind anders, als das, was in Chile vor sich geht. Die Besonderheiten der Vorgänge in Haiti sind anders als auf den Philippinen. Ich ziehe den Verlauf des Machtwechsels in Haiti vor, weil es größtenteils eine Aktion des Volkes ist: systematisch, über einen langen Zeitraum hinweg; weil in Haiti keine demokratischen Wahlen stattfanden, sondern es zu einer sozialen Krise kam, die das Volk durch immer neue Demonstrationen

hervorrief. In dem Moment, als die US-Amerikaner sahen, daß die Diktatur Duvaliers auf jeden Fall stürzen würde, intervenierten sie, damit kein allzu gewaltiger Wechsel stattfand, und um dadurch einen graduellen Übergang zu einem demokratischen System zu schaffen, wobei wir noch nicht wissen, wie dieses demokratische System aussehen wird.

Einige Dinge des Machtwechsels auf den Philippinen und in Haiti können uns dienen, und zwar in dem Sinne, daß es grundlegend wichtig ist, über die Fähigkeiten zum Aufruf und zur politischen oppositionellen Führung zu verfügen, die es auf den Philippinen ermöglichte, der Diktatur entgegenzutreten. Dies hat man hier leider noch nicht erreicht, da vielleicht noch nicht die notwendigen Voraussetzungen hierzu vorhanden sind: es fanden weder Wahlen statt, noch gab es wirklich demokratischen Spielraum. Was bleibt uns dann? Mit größerer Energie dem Beispiel Haitis folgen? Ein mobilisiertes Volk schaffen, um einen Machtwechsel mit den sozialen Gruppen zu schaffen, die in der Lage sind, sich in Chile zu vereinen: Berufsverbände, Arbeiter, Studenten, Pobladores, all diese Bevölkerungsteile, die in der Lage sind, die Diktatur unter Druck zu setzen, die politischen Parteien unter Druck zu setzen, damit sie politische Vereinbarungen treffen. Die Erfahrung aus der Überwindung der beiden Diktaturen sollte mehr den chilenischen Politikern als uns dienen, den gesellschaftlichen Kräften, weil wir, die Arbeiter, in gewisser Weise schon weiter sind in dieser Art von sozialen Vereinbarungen. Aber es besteht die Schwäche, daß die politischen Parteien noch immer nicht verstehen, daß sie miteinander Übereinkünfte treffen müssen, um im Kampf gegen die Diktatur mehr Effektivität zu erreichen.



Manuel Bustos

Frage: Für den 13. Mai ist ein neuer Protesttag geplant. Besonders nach den Protesttagen im September letzten Jahres wurden Stimmen laut, die von weiteren Protesttagen abrieten, da die Risiken Arbeitsplatz, Freiheit, ja sogar das Leben zu verlieren, zu groß seien.

M.B.: Dies ist eins der Probleme, das die Chilenen in den über zwölf Jahren Diktatur erlitten haben. Ich bin mit dieser Denkweise nicht einverstanden. Wenn wir in diesem Land frei sein wollen, wenn wir die Demokratie in Chile wieder aufbauen wollen, müssen wir notwendigerweise weiter auf der Straße kämpfen und auch die Risiken eingehen, die der Kampf gegen die Diktatur bedeutet. Aber ich glaube, daß die Militärdiktatur in Chile, die eine brutale und gewalttätige ist, nicht die selben Merkmale wie andere Diktaturen hat, die noch gewalttätiger als die chilenische waren.

Ich glaube, das chilenische Volk ist nicht auf dem Stand, wie es die internationale Öffentlichkeit sehen möchte, und zwar in Bezug auf die Möglichkeit, mit größerer Stärke gegen die Diktatur zu kämpfen. Ich glaube, das bolivianische Volk hat viel mehr Kampfkraft gezeigt als das chilenische. Ich meine nicht die geringe Führungsfähigkeit der Bolivianer, sondern ihre Fähigkeit zur politischen Erwiderung, zur politischen Tapferkeit, zur sozialen Organisation; darin sind sie tausendmal besser als die Chilenen. Ich bin nicht einverstanden mit ihrer anarchischen Form, durch die sie, nachdem sie den politischen Sieg errungen haben, nicht in der Lage sind, die Führung zu übernehmen. - Wir als Volk, als soziale Organisationen Chiles haben einen Fehler: die Leute haben Angst vor der Angst, und die große Angst vor der Diktatur und vor der Repression bremst den sozialen Kampf für die Demokratie. Die Front besteht aus kleinen Avantgarde-Gruppen, aber nicht aus der riesigen sozialen Masse, die durch die Diktatur Schaden genommen hat: eine Million Arbeitslose, Tausende von kleinen und mittleren Unternehmern, die wirtschaftlich am Ende sind; Irrwege in der gesamten Sozial- und Erziehungspolitik, moralische Probleme im Land. Trotz der Krise der Diktatur durch die Auslandsverschuldung, durch die Wirtschaftsprobleme, durch die niedrige Produktionsrate, gibt es dagegen keinen massiven Protest der Unzufriedenheit, der leicht in die Armenviertel, auf die Straßen getragen werden könnte. Wenn der Augenblick da ist, sich massiv gegen das Regime zu stellen, sind wir noch Wenige.

Zur Verantwortung, die wir haben, wenn wir zu Protesten oder zu Streiks aufrufen, wie wir es in diesem Jahr machen werden: es kann sein, daß es sogar Tote und Gefangene geben wird oder uns andere repressive Maßnahmen treffen werden. Es ist wahr, daß wir damit ein Risiko eingehen, aber es wäre sehr viel geringer, wenn sich die große Mehrzahl des Volkes, das durch die Diktatur von der Macht ausgeschlossen ist, uns anschließen würde.

Wir befinden uns zur Zeit an der Gewerkschaftsbasis in einer Diskussion über den Aufruf zu einem landesweiten Streik. Aber die Leute, die Arbeit haben, müssen sich solidarisieren und teilnehmen! Wir wollen die unzufriedene Bevölkerung einbeziehen, damit sie ihre Unzufriedenheit demonstrieren kann - was bisher nie so massiv gewesen ist. Und dafür ist eine politische Übereinkunft fundamental wichtig. Denn einer der Gründe,

weshalb einige soziale Gruppen sich dem Aufruf zum landesweiten Streik noch nicht angeschlossen haben, ist die fehlende Koordination der Parteien, um dann auch effizient zu sein im Kampf gegen die Diktatur, zur Gewinnung eines demokratischen Spielraums.



Frage: In den Publikationen der Opposition ist immer wieder hervorgehoben worden, daß "1986 - das Jahr der Entscheidung" werden soll, wobei ein wichtiger Schritt hierzu sicherlich der Generalstreik ist. Wie schätzen Sie - in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit - die Erfolgsaussichten dazu ein?

M.B.: Ich habe nie von "dem entscheidenden Jahr" gesprochen. Ich spreche von einem weiteren Jahr im Kampf der sozialen und politischen Bewegung zur Wiedererlangung der Demokratie. Ich will nicht von "dem entscheidenden Jahr" sprechen, um nicht 1987 - in einer Rückschau - sagen zu müssen, daß ich gescheitert bin. Ich will, daß der Kampf aufgenommen wird, wir wollen in diesem Jahr einen landesweiten Streik machen - zwischen Mai und Juli -, einen Streik, der Veränderungen bewirkt. Ich weiß nicht, ob die Diktatur stürzen wird, aber wir wollen so weitgehende Veränderungen erreichen, die uns dahin führen, daß politische Veränderungen stattfinden können. Wir würden ernsthaft wünschen, daß das Jahr 1986 ein Jahr der radikalen Veränderungen würde, in dem wir mit Pinochet Schluß machen könnten. Aber ich will die internationale Öffentlichkeit nicht irreführen und ihr erzählen, daß wir heute dazu in der Lage sind. Wir haben den großen Wunsch nach Veränderungen, wir haben viele Leute mit dem politischen Willen dazu, es sind aber noch nicht genug, um in diesem Land mit Pinochet Schluß zu machen. Noch haben wir Widersprüche zwischen den politischen Gruppen, noch hat die Diktatur einen sehr starken Verbündeten: das ist die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten, die Pinochet noch eine gewisse wirtschaftliche Handlungsfähigkeit gibt. Hinzuzuzählen sind noch einige gesellschaftliche Gruppen, die auf der Stelle treten, z.B. die

Einzelhändler, das Transportgewerbe, kleine und mittlere Landwirte, denn auf die eine oder andere Weise sind deren Bestrebungen eher ökonomischer als politischer Natur. Und die Diktatur hat noch den wirtschaftlichen Spielraum, um in diesem Bereich kleinere Probleme zu lösen, und zwar Dank der Unterstützung der Vereinigten Staaten.
Es ist für uns notwendig, daß die nordamerikanische Regierung begreift, daß sie in dem Maße, wie sie Pinochet weiter unterstützt, die nationale demokratische Lösung verzögert, weil sie so die Einbeziehung größerer Bevölkerungsteile in den Kampf gegen die Diktatur verhindert. Deshalb sind diese Verbündeten für uns feindliche Verbündete. Wir wünschen uns, in der Lage zu sein, dieses Bündnis zu zerbrechen, einen landesweiten Streik von 2, 3 oder 4 Tagen durchzuführen, bis wir zu Verhandlungen gelangen. Aber das liegt noch vor uns.
Ich weiß nicht, wie in Wirklichkeit unser Erfolg aussehen wird, aber wir werden es versuchen: 1, 2 oder 3 Streiks, oder wenn nötig mehr, werden wir machen. Ich bin nicht sicher, ob der CNT den Rückhalt des ganzen Landes haben wird, aber wir arbeiten daran. Wir bemühen uns, daß auch alle in der gesellschaftlichen Entwicklung noch auf der Stelle tretenden Gruppen sich diesem demokratischen Aufruf anschließen, und wir hoffen, daß es ein wichtiges Jahr wird. Ob "entscheidend", das weiß ich nicht, aber der Kampf wird wichtig werden, der soziale Kampf wird losgehen, das glaube ich.

Frage: Nach einem Sturz der Diktatur wird der nächsten Regierung nur wenig Spielraum für notwendige soziale Verbesserungen bleiben, da sie eine sehr angeschlagene Wirtschaft übernehmen muß, wie z.B. im Nachbarland Argentinien zu beobachten ist. Wird der Platz der chilenischen Gewerkschaften dann an der Seite der Regierung sein - um die Demokratie zu sichern - oder an der Seite der Arbeiter - um die Lebensbedingungen zu verbessern?

M.B.: Dieses Problem hängt stark von dem Wechsel ab, der hier im Land vor sich gehen wird: von der demokratischen Lösung. Wenn der Wechsel durch politische Verhandlungen herbeigeführt wird, und eine Regierung mit großem politischem Rückhalt gewählt wird, müssen notwendigerweise in diesem politischen Rückhalt unsere Probleme einbezogen sein, d.h. in dem Programm einer demokratischen Regierung müssen die notwendigen Reformen enthalten sein, die die Gewerkschaftsbewegung und die Organisationen des Volkes fordern, um zumindest das Lebensniveau von 1973 wiederzuerlangen.
Ich glaube, wenn die Diktatur stürzt, muß die Regierung, die an die Macht kommt, notwendigerweise den Rückhalt des größten Teils der Bevölkerung haben. Und sie muß die notwendigen Reformen berücksichtigen, die den Arbeitern einen sozialen Fortschritt ermöglichen. Das bedeutet nicht, daß wir all das zurückerlangen werden, was wir in den Jahren der Diktatur

verloren haben, denn das Land wird dazu nicht in der Lage sein. Aber es müssen Mechanismen zur Beteiligung ausgearbeitet werden. Jede Regierung, die in diesem Land eine demokratische Stabilität herstellen will, muß Wege zur gesellschaftlichen Partizipation schaffen.
Ich bin sicher, daß wir Arbeiter das demokratische System verteidigen werden, aber nur, wenn dieses System mit den notwendigen Reformen des sozialen Wechsels verbunden ist. Ist es dies nicht, handelt es sich um eine reaktionäre Regierung, die nur Pinochet "ausgemustert" hat und den Uniformen dient, dasselbe politische Muster, dieselben wirtschaftlichen Merkmale aufweist, eine solche Regierung wird mit der Bevölkerung zusammenprallen. Dann wird die Gewerkschaftsbewegung den Kampf um Demokratisierung der Strukturen des Staates fortsetzen. Dann wird es zu einer Konfrontation kommen.
Wir sind der Meinung, daß jede Regierung, die nach Pinochet kommt, zu einer gesellschaftlichen Übereinkunft kommen muß, zu einem gesellschaftlichen Konsens, in dem unsere legitimen Forderungen kontrolliert werden. Und zwar kontrolliert auf Grund einer Perspektive in der Entwicklung des Landes, die wir verbessern werden. Deshalb ist es notwendig, daß unter einer demokratischen Regierung ein gesellschaftliches Bündnis zwischen Regierung, Arbeitern und Unternehmern getroffen wird. Man kann nicht von einer Regierung reden, die nur aus sich selbst heraus die Demokratie schaffen kann. Es ist notwendig, daß wir auf einer Ebene zu einem Konsens gelangen, auf dem weitere gesellschaftliche Übereinkünfte entwickelt werden, um die Demokratie wieder herzustellen, um die Entwicklung dieses Landes durch eine allgemeine gesellschaftliche Übereinstimmung voranzutreiben. Dies, damit keine Anarchie entsteht, die Unternehmer die Arbeiter nicht ausbeuten und die Arbeiter nicht mehr fordern, als das Land zu geben in der Lage ist.



"Puh ... Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung, Unterernährung ... nur schlimme Dinge!"

"Mensch, sei nicht so pessimistisch. Guck mal!"

Eine Sternschnuppe! Wünsch Dir 'was!

Hab' ich schon ... und es scheint zu klappen!

Was hast Du gewünscht?

Daß sie uns nicht auf den Kopf fällt!

Kultur des Widerstands oder Widerstand der Kultur

In den letzten Jahren waren Lieder, Gedichte, Bilder von chilenischen Künstlern, die in enger Verbindung mit den Volksorganisationen arbeiteten und ihre eigene Arbeit als Impulse für die Bildungs- und Kulturarbeit vor allem in den städtischen Elendsvierteln nutzten, zu einem sehr spezifischen und wichtigen Ausdruck des Widerstands gegen die Diktatur geworden, der sich in vielen Fällen an den Parteien der Linken vorbei organisierte. Die Diktatur reagierte darauf mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche - Öffnung der Medien für bestimmte Künstler / Verfolgung anderer - und erreichte so eine Schwächung dieser Kulturbewegung.
Der Autor des Artikels ist selbst chilenischer Musiker und kennt diese Geschichte aus eigener Erfahrung. Ziel des kurzen Abrisses ist es, die Diskussion über die Kulturarbeit als Form des Widerstands und der Identitätsfindung anzuregen.

Das chilenische Kulturleben zeichnet sich derzeit weder durch eine besonders große Zahl von Veranstaltungen noch durch deren finanzielle Erschwinglichkeit aus. Die "peñas" (populäre Musikveranstaltungen, oft in Kneipen, meist mit politischem Inhalt) sind immer seltener geworden; sie haben ihren Charakter als Ausdruck der Volkskultur verloren und sich unter der Hand in "Café-Concerts" verwandelt, die vor allem von linken Intellektuellen und der sogenannten "Wirtschaftslinken" besucht werden. Dieses Publikum schwärmt nostalgisch für alles, was irgendwie den Anschein hat,authochtone Kultur zu repräsentieren.
Dasselbe geschieht auch in anderen Kulturbereichen, die bis vor wenigen Jahren die ideologische und solidarische Bastion bildeten, wo sich die fortschrittlichsten und hervorragendsten Kräfte der Opposition zusammenfanden.

Die Kulturgruppen waren die Spitze eines Eisberges, der sich praktisch seit dem Tag des Putsches - zunächst im Schutz von Kirchengemeinden in den Elendsvierteln - entwickelt hatten und im Lauf der Zeit zu einem neuen Phänomen von Volkskultur und gleichzeitig zum Angelpunkt jeglicher antidiktatorialer Aktivitäten geworden waren. Die Kulturbewegung der neuen Volksorganisationen, die nach dem 11. September 1973 entstanden waren, benötigte Zeit, um sich in den Schattenzonen zu entwicklen, in denen auch immer mehr Künstler arbeiteten, deren Produktion von der ständigen

Nachfrage lebte, die aus Veranstaltungen, "peñas" und Aktionstagen entstand.

Diese Bewegung hatte gleichzeitig zwei Erfolge zu verzeichnen: Genau zu dem Zeitpunkt, wo die Kinderspeisestätten praktisch zum einzigen Treffpunkt für die vom Putsch zerschlagenen politischen Organisationen wurden, begann die Kulturarbeit damit, die ideologische Symbolik am Leben zu halten, mit der sich die ehemals an der Unidad Popular Beteiligten - einschließlich des MIR - und diejenigen, die langsam Bedeutung und Tragweite der Diktatur erkannten, untereinander identifizieren konnten. Während das Regime bei der Repression blieb, suchte die Basis der Christdemokratischen Partei in Elendsvierteln und Universitäten nach neuen Orientierungsmöglichkeiten.
Ein zweiter Erfolg war große und schöne künstlerische Produktion, die ihre Botschaft nicht auf Zeugnis des Erlebten beschränkte, sondern mit gängigen, eingefahrenen Mustern brach. Das Experiment und die Infragestellung der eigenen Arbeit wurde zur Methode und brachte neue Sprachcodes und Bildsymbole hervor. Die künstlerische Produktion war in dieser Zeit erfüllt von Bildern der Hoffnung, der Solidarität, des Wiederaufnehmens und der Bekräftigung von Werten, die Bestandteil des sozialistischen Projekts gewesen und auch nach dem Putsch in den Bedürfnissen der Menschen lebendig geblieben waren.

Es würde den Umfang dieses Artikels sprengen, chronologisch Erfolge und Probleme dieser Bewegung der Volkskultur darzustellen, aber eine besonders wichtige Tatsache soll hervorgehoben werden: Die Volksorganisationen, die die kulturellen Aktivitäten unterstützten oder selbst initiierten, bewiesen, daß es selbst unter einer Diktatur möglich ist, die symbolischen und ideologischen Elemente des politischen Kampfes nach einer Niederlage zu rekonstruieren und weiterzuentwickeln, d.h. gegen die Diktate der offiziellen Kultur und gegen die Unfähigkeit der Parteiorganisationen, die Basisaktivitäten auch nur ansatzweise in eine allgemeine Orientierung umzusetzen, eigene Symbole und Aktionen zu setzen.

In dieser Hochzeit der kulturellen Aktivitäten konnte man an einer Unzahl von künstlerischen Veranstaltungen in Kirchengemeinden, Schulen, Gewerkschaftslokalen, Kneipen, hergerichteten Kino- und Theatersälen und Universitätsräumen teilnehmen. Die Interessierten hatten Gelegenheit, hervorragende - aber auch schlechte - Darbietungen zu besuchen und Künstler kennenzulernen,, die aus den unterschiedlichsten Erfahrungen und Experimenten hervorgegangen waren, die täglich aufblühten und auch wieder abstarben. In dieser Dynamik bewies sich auch die große Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit der Volksorganisationen, die es ihnen ermöglichte, der Repression des Regimes immer wieder auszuweichen.

Das Anwachsen und die immer größere Mobilisierungskraft dieser Bewegung wurde so offensichtlich, daß das Regime dagegen Maßnahmen ergreifen mußte. Die direkte Repression hatte sich wegen der

Flexibilität der Betroffenen als ineffizient erwiesen. Deshalb war es für die Diktatur notwendig, eine Politik zu entwickeln, um die Quellen, aus der die Bewegung ihre Kraft bezog, zu verschütten.Kontrolle der Kirchengemeinden, Durchsuchungen und Überfälle und Anzeigen gegen "rote Priester" sollten die Bewegung ihres "Schutzschirms" berauben.
Das andere Ziel waren die Organisationsführer selbst, bzw. die Kulturarbeiter, die sie unterstützten. Diese Personen, die sich mit Herz und Seele der Bildungsarbeit durch organisatorische und politische Beratung verschrieben hatten, wurden direkt anvisiert. Wären nämlich sie einmal beseitigt, wäre auch der Kopf des bedrohlichen Geschöpfs abgehauen, das gefährliche Fähigkeiten entwickelte, Ideen zu verbreiten, zu organisieren, Inidividuen und Gruppen zusammenzubringen, sich den gesellschaftlichen Bedingungen immer neu anzupassen und vor allem eine neue Form von Politik mit nie dagewesenen Ideen zu entwickeln.
Die Identifikation der Künstler mit ihren Organisationen sollte zerstört werden, denn damit würde die wichtigste Quelle ihrer Kreativität und der Austausch des Wissens zwischen ihnen und "ihrer" Basis vernichtet. Der Schlag gegen die Kulturagitatoren sollte eine Bewegung schwächen, deren Arbeitsformen und wachsende politische Präsenz sie immer mehr in die Lage versetzte, vor allem in den städtischen Zentren Massen zu mobilisieren.
Dies zeigte sich vor allem an den Veranstaltungen zum 1. Mai. An diesem Datum versuchten die Parteien der Linken systematisch, die Massen "auf die Straße" zu bringen, und erreichten dabei nur, daß eine begrenzte Zahl von besonders überzeugten Anhängern sich der offenen Polizeigewalt entgegenstellte. Gleichzeitig aber begingen die Kultur- und Volksorganisationen den Arbeiterfeiertag auf ihrem eigenen Terrain, wo sie vor direkten Angriffen relativ sicher waren. Sie fühlten sich als Teil einer noch jungen politischen Bewegung, die sich nicht offen der Repression stellen konnte, und machten die Reflexion, das Nachdenken, zu einem der Hauptthemen, um organisch eine eigene Strategie zu entwickeln.

Das Regime erkannte genau die Bedeutung dieses Prozesses und ergriff Gegenmaßnahmen auf drei Ebenen, die Verwirrung stiften sollten:
Zunächst öffnete es die Kanäle der offiziellen Medien und rief die bekanntesten Künstler der Volkskultur unterschwellig auf, sic diese zunutze zu machen. Man redete von Platten, Fernsehauftritten, offiziellen Festivals, Interviews, Radiosendungen etc. Natürlich nahmen viele Künstler diese "Einladung" an und waren im Gefolge vor allem mit der Entwicklung und Perfektionierung ihrer Technik beschäftigt. Das führte sofort zu einer Entfremdung von der Gruppe, in der sie als Betreuer oder kultureller Inspirator tätig gewesen waren. Hinzuzufügen ist der implizite Druck, nicht mehr in Elendsvierteln aufzutreten, da dies mit einem telegenen Image nicht vereinbar sei. Damit hat man schon zwei Faktoren, die die Verbindung zwischen Künstler und Volksorganisationen schwäch-

ten oder ganz verhinderten. Gar nicht zu reden von der Selbstzensur, die sie sich auferlegten, und auch nicht von der direkt physischen Veränderung zur Herstellung eines fernsehgerechten Images - in der Beziehung kann man die Situation dieser Künstler nur als grotesk bezeichnen.

Es kam tatsächlich zu dem von dem Regime gwünschten Effekt. Viele populäre Künstler mit Wurzeln und Einfluß in der kulturellen Basisbewegung begannen, ihr Engagement einzuschränken. Es begann eine Diskussion zwischen den Künstlern über die Reichweite des Regierungsangebots und die moralischen und politischen Konsequenzen, wenn man es annähme. Die Opposition einiger Künstler führte jedoch nur zu einer Vertiefung der Widersprüche und zum Auseinanderfallen existierender Koordinierungsinstanzen.
Das Regime "legalisierte" die Verbreitung der Musik von Sängern, die bisher als Symbol des Widerstands, des "Untergrunds" gegolten hatten. Dies war nahezu eine Entweihung, und die anscheinend tolerante Haltung der Regierung tötete Geist und Botschaft der Musik vor allem im Bewußtsein der Jüngeren, die sich bis dahin auf sie gestützt hatten. In einigen Orten, wo die chilenische Bourgeoisie ihre Freizeit genießt, konnte man die besten Lieder von Violeta Parra oder Silvio Rodriguez hören - selbst in Diskotheken

Auf viele Künstler, die wegen ihrer Leistungen und ihre Beliebtheit einen Platz in den Massenmedien gefunden hatten, wurde immer



Kinder verdienen sich als Straßenmusiker Geld

stärkerer Druck ausgeübt, ihr Engagement für die Volkskultur und ihre Organisationen aufzugeben. Einige beugten sich, gaben sogar negative Erklärungen gegen das "soziale Lied" (canción social, Lieder, die vor allem in den Elendsvierteln entstehen und den Alltag unter der Diktatur oft sehr verschlüsselt beschreiben) ab. Andere blieben konsequent und zogen es vor zu emigrieren oder wurden zwangsexiliert, wie z.B. die bekannte Gruppe "Illapu".

Das Regime nützte das durch sein Angebot entstandene Durcheinander aus, um gleichzeitig selektiv und brutal gegen einzelne Künstler vorzugehen, die ihr Engagement nicht aufgekündigt hatten. Dieser Schlag war hart und subtil zugleich, und geschah fast unbemerkt von einem großen Teil der oppositionellen Bevölkerung. Er kam genau im richtigen Moment.

Inhaftierung und Verbannung wurde zur Methode, um mit einigen Personen und ihrem Einfluß auf die Basis fertig zu werden. So beispielsweise mit dem Maler Hugo Riveros, dessen Leiche im Juli 1981 mit deutlichen Folterspuren und von Kugeln durchsiebt im Valle del Cajón de Maipú gefunden wurde.

Zusammen führten diese drei Faktoren zur praktischen Enthauptung der Bewegung der Volkskultur, die zwar am Leben blieb, aber heute deutliche Symptome der Schwächung und Zersplitterung zeigt. Die Organisationen, die in vielen Fällen nicht mehr nur Kulturarbeit machten, sondern sich an der Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen und Forderungen zur Verbesserung des Alltagslebens beteiligten, blieben ohne organisatorische Führung zurück. Das ist tödlich für eine Organisation, die in der kurzen Zeit ihrer Existenz noch keine Mechanismen zur Erhaltung entwickelt hatte. Damit began eine Periode des Rückschritts auf organisatorischer und kreativer Ebene und damit auch die Unmöglichkeit, eine durchgängige Arbeitslinie aufrechtzuerhalten.

In dieser Zeit begannen die Nationalen Protesttage, an denen sich die Kulturorganisationen zwar beteiligten, aber nicht als soziale Organisationen mit eigenem Profil und spezifischen Forderungen, sondern als ein Element mehr in der Masse derjenigen, die ihrer Wut über das Regime Ausdruck verliehen.

Die im Gefolge der Protesttage einsetzende Repression beseitigte die letzten noch verbliebenen Führer, die aus der Kulturbewegung hervorgegangen waren. Einige gingen erschöpft und oft enttäuscht über das Fehlen konkreter Hilfe seitens der parteimäßig organisierten Linken "nach Hause", andere wurden inhaftiert, gingen ins Exil oder schlossen sich dem unmittelbaren Kampf gegen das Regime an.

Wir stehen also vor einer Situation, in der die Quelle, aus der sich dieses antidiktatoriale kulturelle Phänomen nährte, zugeschüttet wurde und die Chilenen eines Ausdrucksmittels beraubt sind, das sie mit viel Erfindungsgeist und Opferbereitschaft errungen hatten, an dem gerade die immer Marginalisierten und ihre

Verbündeten als Protagonisten Teil gehabt hatten. In diesem Prozeß hatte sich das Volk - Objekt so vieler Analysen und politischer Strategien der Parteiführungen - in ein Subjekt mit eigener Identität und Praxis verwandelt - ausgerechnet in den schlimmsten Zeiten der Diktatur.

Daran schließen sich viele und dringliche Fragen an: Warum haben die Parteien unserer politischen Linken die Dimension und Bedeutung des Phänomens der Volkskultur nicht erkannt? Und wenn sie es doch taten, warum haben sie es dann nicht mit derselben Kraft und Konsequenz unterstützt wie andere Initiativen, beispielsweise den Wiederaufbau der Parteistrukturen? Steckt dahinter das alte Konzept, Kultur sei nur als Werkzeug für den unmittelbaren politischen Gebrauch sinnvoll und brauchbar? Impliziert dieses Konzept die Auffassung, künstlerische Produktion sei letztlich doch nur eine drittklassige politische Aufgabe?
Es bleiben noch viele Fragen, Antworten und Erklärungen offen. Notwendig ist eine Debatte um eine strategische Linie zu formulieren, die wir alle suchen.

Für alle Fälle empfehle ich möglichen Chile-Besuchern, die sich für charakteristische Ausdrucksformen der Kunst interessieren, drei Alternativen:
- die offizielle, "gehobene" und von Regierung und Privatwirtschaft finanzierte Kunst und Kultur,
- Kunst und Kultur der Linken, die trotz ihrer Verbreitung auf einen engen und leider elitären Kreis beschränkt bleibt,
- die Volkskunst, die es immer noch in einigen Elendsvierteln gibt, aber vor allem die Kultur in den Straßen, in den Bussen, den Orten also, wo die Künstler heute ihre Lieder oder ihre malerischen und plastischen Werke verbreiten. Da versuchen sie, verständlich zu machen, was ihnen ihre Krativität eingibt, und sich gleichzeitig ihr Brot zu verdienen.

Die Kultur leistet noch Widerstand, aber sie ist geschwächt. Nur wenige der vielfältigen Koordinationsinstanzen existieren noch, die die verschiedenen Kulturformen zusammengefaßt hatten und an einem Tag 500, 1000 und mehr Menschen bei ihren Veranstaltungen in Kirchengemeinden der Elendsviertel auf die Beine bringen konnten. Es sind immer weniger Menschen, die noch die Kraft aufbringen, die Verbindung mit den Basisorganisationen aufrechtzuerhalten, um die tägliche Solidarität zu festigen, aus dem Nichts etwas zu schaffen und vor allem neue Ideen für alte Probleme zu entwickeln, die die Phantasie aufbringen, um die Situation zu ändern.

Das chilenische Volk hat seine Kreativität und sein politisches Potential nicht verloren, aber es die Bedingungen dafür wieder schaffen, damit diese Kreativität Protagonist des Prozesses wird, Potential nicht verloren, aber es muß die Bedingungen dafür wieder schaffen, damit diese Kreativität Protagonist des Prozesses wird, nicht nur Antriebsmotor sondern auch Orientierungsinstanz

für die eigenen Kräfte. Dazu sollte dieser Artikel einen Beitrag leisten. Der Sinn dieses kurzen Abrisses der Geschichte der kulturellen Volksbewegung liegt in der Suche nach einer strategischen Lösung. Es gibt dabei keine zweit- und drittrangigen Aufgaben.

Erinnerung an eine Freundin

"Es gibt keine Kraft, die den Lauf der Geschichte aufhalten kann", überschreibt eine chilenische Oppositionszeitschrift die Nachricht über den Mord an der 35jährigen Psychologin Ana Luisa Peñalillo.

Die Nachricht erreicht uns im Exil und trifft uns zutiefst. Ana Luisa wurde grausam ermordet, so wie es nur diejenigen tun können, die über einen Repressionsapparat verfügen, der jeden Mord allein durch die Bezeichnung "Terrorist" rechtfertigt.

Bei ihrem Aufenthalt in Berlin lernten wir sie kennen, und sie bestärkte uns in unserer Arbeit; sie rief uns zur Einheit auf, redete mit uns als Frau, als Freundin und Kämpferin. Damals war sie noch erschöpft von der Zeit im Gefängnis; man hatte sie wegen ihres Engagements inhaftiert.

Sie erzählte uns von den Aktivitäten im Gefängnis, um die Moral der Gefangenen aufrecht zu erhalten. Sie denunzierte die Angriffe und die schlechte Behandlung, denen die Gefangenen ausgesetzt sind und gründete das Centro de Orientación Femenina, um organisiert die Einhaltung der gesetzlichen Regeln die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte zu fordern.

Ana Luisa wurde zur Vize-Präsidentin der "Koordination der politischen Gefangenen" gewählt und initiierte einen Hungerstreik gegen die Vergiftung der Essens in den Gefängnissen. Dafür wurde sie von der Diktatur schwer bestraft und in das Gefängnis La Serena verlegt, wo sie von 1981 bis 1982 blieb. Dann wurde die Gefängnisstrafe in Landesverweisung umgewandelt. Sie reiste nach Frankreich, das ihr Asyl angeboten hatte.

Ana Luisa ertrug das Exil nicht, ihr Kampfgeist ließ sie heim lich nach Chile zurückkehren.

Die politischen Gefangenen, die Frauen, die Jugendlichen, Kämpfer und Kinder, die Exilierten - wir alle trauern um Ana Luisa. Wir verurteilen wieder einmal die Mörder, die versuchen, das Leben auszulöschen - wo auch immer sie es finden.

GUATEMALA

Drei Monate Christdemokratie

Der Innenminister Guatemalas, Juan José Rodil Peralta, war am 16. April als Gast der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Regierungsgesprächen in Bonn eingetroffen. Wie Rodil Peralta vor seiner Abreise in Guatemala erklärte, sollte es primär um Ausrüstungs- beziehungsweise Ausbildungshilfe der Bundesregierung für die guatemaltekischen Sicherheitskräfte gehen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen angelastet werden. Verfahren sie heute "rechtsstaatlich"? Wie sieht es nach drei Monaten christdemokratischer Regierung aus?

"Vinicio, Sie müssen sich erklären! Sind Sie mit Ihrem Volk oder mit den Mördern des Volkes? Sie entscheiden! Das Volk wird über Sie urteilen!" Ein Transparent, das Angehörige verschleppter Guatemalteken ihrem Präsidenten vor dem Regierungspalast in der Hauptstadt entgegenstrecken.

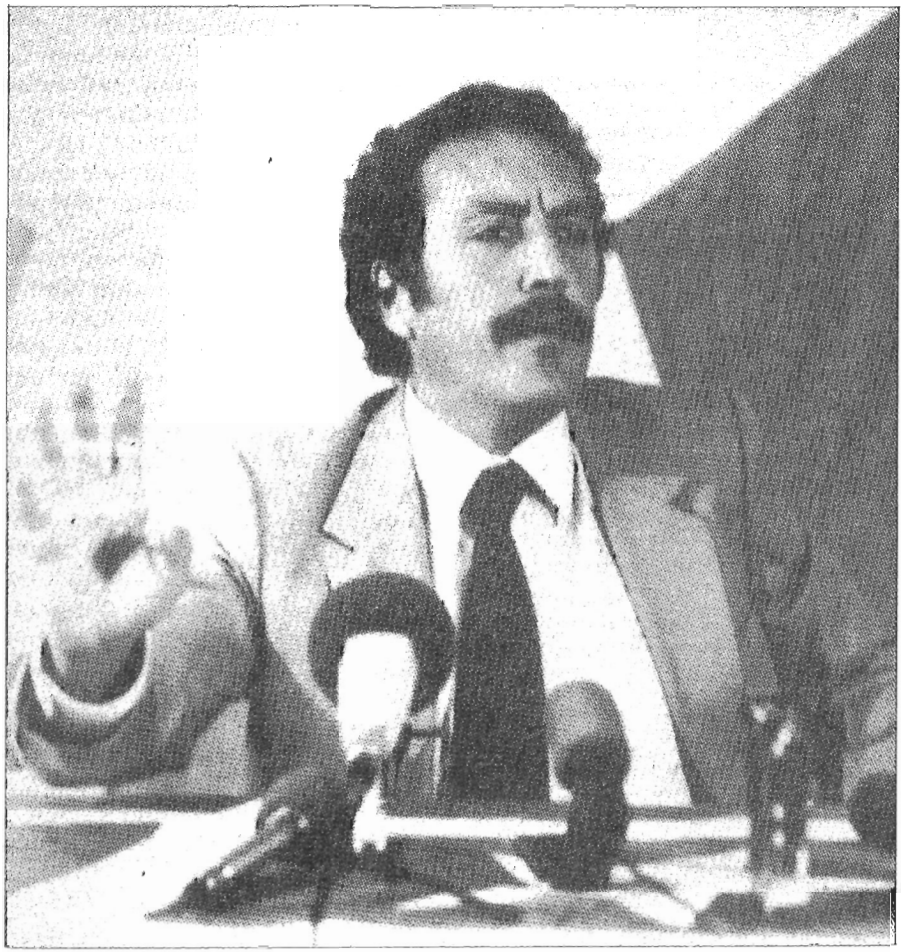
Das war am 28. Februar, anderthalb Monate nach der Amtseinführung des neuen zivilen Präsidenten Guatemalas, Vinicio Cerezo, durch den General Mejía Victores. Der trat ab, wie er geherrscht hatte, zynisch und vermessen, mit einer Amnestie für sich selbst und alle Militärs, glaubte er sich aus der Verantwortung dekretieren zu können (vgl. LN 147, S. 55). Der Christdemokrat Cerezo, gewählt und angetreten als "Garant der demokatischen Öffnung" hat diese janusköpfige Morgengabe ebenso akzeptiert wie die Amtsinsignien aus der Hand des Militärdiktators. Das Volk aber fordert Gerechtigkeit. Cerezo, der sich als Volkspräsident bezeichnet, wird nun beim Wort genommen.

DAS VOLK WILL GERECHTIGKEIT

Nach 31 Jahren Militärdiktatur mit über 40'000 von staatlichen "Sicherheitsorganen" und Militärs entführten und seitdem verschwundenen Menschen wird der Ruf nach Lebens- und Bürgerrechten, nach Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit, laut und deutlich formuliert.

Immer mehr Guatemalteken erheben sich gegen die galoppierende Wirtschaftskrise und ihre eigene Verarmung, gegen die anhaltende Kontrolle und Unterdrückung, die andauernden Morde und Entführungen durch Militär und staatliche "Sicherheitsorgane". Typisch sind vermehrte Selbsthilfeaktionen.

So kommt es seit dem Amtsantritt des Christdemokraten Cerezo im ganzen Land immer wieder zu Landbesetzungen durch Obdachlose, weil "ihr Volkspräsident" ihnen zum Beispiel Wohnungen versprochen hat. In der Regel beschwichtigt man heute zunächst mit Versprechungen, und dann vertreibt man sie gewaltsam. Ein Beispiel: am 18. Januar werden in Guatemala-Stadt die Menschen, die das Land der Nationalbank für Bauwirtschaft besetzt hatten, von 800 Polizisten der Nationalpolizei brutal vertrieben. Verzweifelt hatten sie darauf hingewiesen, daß sie doch "Anhänger der Christdemokraten und der neuen Regierung sind, die versprochen hat, eine Regierung tür das Volk und vom Volk zu sein". Da die Nationalbank dem Volke gehöre, gehöre dieses brachliegende Land der Bank doch ebenfalls dem Volk.



Vinicio Cerezo, christdemokratischer Präsident Guatemalas

CEREZO SOLL HANDELN

Vier Monate nach seinem Amtsantritt hat der christdemokratische Präsident nirgendwo die Weichen auf einen neuen Kurs umgestellt. Die Hoffnungen, die große Teile der Bevölkerung auf ihn und seine Versprechungen gesetzt hatten, scheinen schneller als von Beobachtern erwartet in Enttäuschung zu zerrinnen. Zorn und Widerstand wachsen gegen eine Demokratisierung, die für die Bevölkerungsmehrheit bislang nur auf dem Papier und in Reden stattfindet. Jüngste Meldungen belegen das.

Verschiedene Gewerkschaftsverbände setzten dem Präsidenten Anfang April eine Frist von zwei Wochen, um die rapide Inflation der ohnehin hohen Lebenshaltungskosten zu stoppen. Die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter fordert den Rücktritt des Bürgermeisters der Hauptstadt, da er den Generalsekretär der Gewerkschaft bei einem Treffen angegriffen habe. Am 1. April kam es im Süden und im Osten des Landes zu Protestmärschen gegen die Preiserhöhungen. Beim Einsatz der Sicherheitskräfte wurde ein Junge getötet, vier Menschen schwer verletzt und 20 festgenommen.

In Santiago Atitlán im Departement Sololá befreite die Landbevölkerung einen Bauern aus dem Gefängnis und inhaftierte den vom Militär eingesetzten Dorf-Kommissar. Meldungen, die sich heute beliebig und täglich fortsetzen ließen. Sie spiegeln den Unmut der Bevölkerung, aber auch ihre wachsende Risikobereitschaft. Denn auch solche Meldungen sind im christdemokratisch regierten Guatemala immer noch bittere Alltäglichkeit: Die Universitätsstudentin Selva García ist am 6. April gemeinsam mit ihrem Freund in Guatemala-Stadt verschleppt worden. Ihre Leichen wurden am nächsten Tag mit Folterspuren gefunden.

DIKTATUR DAUERT AN

Diese unveränderte Alltagswirklichkeit veranlaßte Anfang April den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Guatemalas (PSD), Mario Solorzano, zu der Feststellung, "die Diktatur dauert an". Der erste Schritt zur Demokratisierung des Landes drohe wegen der Inkompetenz der Regierung zu scheitern.

Der Regierung "Inkompetenz" vorzuwerfen, mag Solorzano politisch für klug halten, wenn er damit die Inkompetenz in Sachen Demokratie beschreibt. Da genügt ein scharfer Blick in die Kabinettsliste des Präsidenten zum Beleg. Sie garantiert den Militärs und der Oligarchie Kontinuität nach der Wende. Dem Kabinett Cerezo gehören Politiker und mächtige Militärs an, die sich in den vergangenen Jahren unrühmlich hervorgetan haben.

FRANKENSTEINS GRUSELKABINETT

Der Innenminister, Juan José Rodil Peralta, erster Gast in Bonn nach der Wende in Guatemala, ist unter anderem zuständig für innere Sicherheit und Polizei-Ausrüstung. Rodil Peralta soll die Sondergerichte unter General Ríos Montt organisiert haben. Damit wurden sämtliche Regeln eines legalen, fairen Gerichtsverfahrens außer Kraft gesetzt. Von den Sondergerichten wurden 15 Guatemalteken zum Tode durch Erschießen verurteilt und sechs unmittelbar vor dem Papstbesuch im März 1983 und entgegen dessen Gnadengesuch hingerichtet. Hunderte wurden ins Gefängnis geschickt und zahllose Menschen, die von den Sondergerichten "behandelt" wurden, sind nie wieder aufgetaucht, weder tot noch lebendig. (vgl. LN 114, April 1983, S. 35 - 37)
Cerezos Außenminister, Mario Quinonez Amezquita, diente ebenfalls dem Gewaltherrscher Ríos Montt - als Botschafter bei den Vereinten Nationen.

Zum neuen Botschafter Guatemalas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde jetzt der Bankier Fernando Andrade Díaz - Durán, Außenminister des General Mejía Victores, ernannt. Turnusgemäß wird Guatemala dieses Jahr den Vorsitz in der OAS übernehmen.

Rodolfo Estrada, Landwirtschaftsminister, sammelte seine zweifelhaften Erfahrungen als Vizeminister unter Ríos Montt. Der neue Verteidigungsminister, General Jaime Hernandez, war Kommandeur der Militärbasis am Playa Grande im Departement El Quiché, einem Hauptquartier für die wegen ihrer Massaker und brutalen Einsätze gegen die Landbevölkerung berüchtigten Aufstandsbekämpfungstruppen. Als Mitglied des Rats der Obristen gehörte er zum Zentrum der Macht des Mejía Victores. Auch der jetzige Generalstabschef, General Hector A. Gramajo, befehligte eine spezielle Counterinsurgency-Truppe.

Die 'Guardia Presidencial', eine Elitetruppe für den Präsidenten, die für Aufgaben der Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden kann, untersteht heute dem angeblichen Vertrauten des Präsidenten, dem Oberst Roberto Matta Galvez. Früher war der Oberst Kommandant im 20. Departement El Quiché. Hier tat sich die Armee durch rücksichtslose Einsätze gegen die Landbevölkerung hervor. "Frankensteins Gruselkabinett", dieses Markenzeichen für die Bonner Wende-Regierung erhält in Guatemala makabren Wortsinn.

TÄUSCHUNGSMANÖVER MIT GEHEIMPOLIZEI

Gewiß hat der Präsident die gefürchtete Geheimpolizei DIT (Departamento de Investigaciones Técnicas) aufgelöst. Aber selbst bei konservativen Guatemalteken, wie den Programm-

machern einer so bekannten privaten Tagesschau wie 'Aquí el Mundo', gibt es Zweifel. Am 9. Februar fragte sich der Kommentator, ob denn nicht mit der Auflösung der Geheimpolizei Beweise für die Verwicklung anderer staatlicher Bereiche in die Menschenrechtsverletzungen verschleiert werden sollten? Auch von einer Reorganisation der Geheimpolizei unter anderem Namen war in der Sendung die Rede. Tatsächlich wird die DIT von der Bevölkerung für etwa zehn Prozent der schwersten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Einen Prozeß hat es aber nicht gegeben. Wohl erhielten rund 100 Geheimpolizisten Verwarnungen wegen "Kavaliersdelikten" und einen "Kurs für menschliche Beziehungen" verordnet.

Fast sämtlich wurden die DIT-Angehörigen im übrigen in die National-Polizei eingegliedert, deren Sondereinheit, das Bataillon Rápido de Operaciones Especiales, gegen die Bevölkerung ebenso brutal und gnadenlos operiert wie das Militär. Die Vorsitzende der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisation GAM, Gruppe zur gegenseitigen Hilfe, Nineth de García, bezeichnete denn auch die Auflösung der Geheimpolizei am 10. April während einer Europareise vor der Presse als "Show" der Regierung Cerezo. Ziel sei es gewesen, der internationalen Öffentlichkeit vorzugaukeln, die Geheimgefängnisse beziehungsweise Folterzentren existierten nun nicht mehr.

CEREZO GEGEN MASOCHISMUS

Unter Gefährdung ihres eigenen Lebens fordern die 1'300 Mitglieder der GAM das lebendige Wiedererscheinen ihrer verschleppten und seitdem verschwundenen Familienangehörigen, die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, die Aufhebung des Amnestiedekrets und Verfolgung der verantwortlichen Militärs, sowie das Verbot für allgemein bekannte Verbrecher, das Land zu verlassen. An erster Stelle ist der frühere Generalstabschef und Vizepräsident des General Mejía Victores, Loben Zamora, gemeint. Die christdemokratische Regierung ließ ihn nach Panama ausreisen, als neuen Botschafter seines Landes.

Den Angehörigen der Verschwundenen wirft Präsident Cerezo Masochismus, Konfliktsuche und Kleben an der Vergangenheit vor. Sein Rezept ist so einfach wie zynisch: er fordert Vergessen, und das Amnestie-Dekret hält er für rechtens. Das erbittert, weckt Zorn und stärkt den Widerstand.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Zuckerrohr und Menschenrechte

Mit Kopfjagden auf illegal im Lande lebende Haitianer und Zwangsverpflichtung arbeitsloser Jugendlicher versucht die Regierung der Dominikanischen Republik derzeit, ein ökonomisches Desaster abzuwenden: das Scheitern der Zuckerrohrernte 1985/86.
(Der Artikel wurde im März 1986 geschrieben, konnte also noch nicht auf die Wahlen in der Dominikanischen republik eingehen. Beim Redaktionsschluß dieses Heftes lagen uns zum Wahlausgang nur derartig widersprüchliche Meldungen vor, daß wir nicht auf dieses Thema eingehen können.)

Über 250 Mio. Pesos (ca. 95 Mio. US-Dollar) Devisenersparnis durch die rasch sinkenden Ölpreise und einige Millionen Dollar an Deviseneinnahmen durch den Kaffeeboom erwarten die Ökonomen der dominikanischen Regierung für das laufende Jahr. Die gute Nachricht kommt gerade richtig: am 16. Mai stehen Neuwahlen an und die sozialdemokratische PRD würde gern zum dritten Mal den Präsidenten stellen.

Kaum kam die frohe Botschaft aus dem ausgedörrten Brasilien über die Fernschreiber, verfügte die Regierung eine Sondersteuer auf Kaffeexporte (die Händler antworteten mit einem Exportboykott); und kaum wurden die Dimensionen des OPEC-Preiskampfes sichtbar, kam auch schon die Bescherung: der Diesel- und Benzinpreis wurde auf 3,00 Pesos (1,10 US-$) pro Gallone gesenkt, es folgten in kurzen Abständen Baumaterialien und Grundnahrungsmittel. Nach der Fastenzeit des "ajuste" - der vom IWF verordneten Anpassungspolitik mit sinkenden Realeinkommen - nun das große Fressen?
Tatsächlich schien der Musterschüler des Fonds seine Lektion gelernt zu haben: Wohl kein anderes Land Lateinamerikas kann von sich behaupten, der Wert des Dollar gegenüber der eigenen Währung sei ständig gesunken: von 3,40 Pesos auf nunmehr 2,70 Pesos.

Doch die Freude ist getrübt: im wirtschaftlich immer noch zentralen Zuckersektor, in dem schon in den letzten Jahren kaum etwas klappte, klappt nun gar nichts mehr. Etwa ein Drittel der Devisenerlöse aus Warenexporten - je nach Jahr zwischen 10 und 20 % der gesamten Deviseneinnahmen - steuert der Zucker bei. Würde er,

trotz Preisdepression auf den Weltmärkten, ausfallen, dann wäre der ganze Jubel umsonst. So erheben sich denn auch warnende Stimmen: Das Land, meinte die Tageszeitung "Listin Diario" in einem Leitartikel, könnte in die Situation kommen, bei eventuell steigenden Preisen keinen Zucker anbieten zu können.

Die Zuckerproduktion von 1,1 Millionen Tonnen (1984) teilen sich heute drei Konzerne:

1. Der staatliche Zuckerkonzern CEA mit 730 000 t (65%)
2. Die bis 1982 zur Gulf & Western gehörende und inzwischen an in Miami ansässiges exilkubanisches Konsortium verkaufte Central Romana - die modernste Zuckerfabrik der Welt - mit 340000 Tonnen (30%)
3. Die in dominikanischem Privatbesitz befindliche Casa Vicini mit 60 000 t (5%)

Auch bei den Deviseneinnahmen führt der Staat: von den 270 Mio. Dollar Exporterlös im Jahr 1984 entfielen 160 Mio. (ca. 60%) auf den staatlichen Konzern. Eine stattliche Bilanz, so sollte man meinen, doch das Gegenteil ist der Fall: Die Dollarmillionen werden von einem bankrotten Konzern erwirtschaftet und mit Pesomillionen von Schulden bezahlt.

Die Ursachen für den - nach betriebswirtschaftlichen Kriterien überfälligen - Zusammenbruch des Konzerns sind weitgehend bekannt. Kurz zusammengefaßt:

a) Verfall der Weltmarktpreise durch die EG-Agrarpolitik und vor allem den Rückgang der US-Importe von ca. 3,3 Mio. t jährlich (1977-80) auf ca. 1 Mio. t ab 1985 mit der Aussicht auf ein völliges Entfallen des lukrativen Präferenzmarktes (z.Zt. ca. 300 000 t) ab 1990 nach dem Agrargesetz vom 23. Dezember 1985.
b) Das Ursachenbündel von obsoleten Produktionsanlagen, Überbeschäftigung und Entkapitalisierung im staatlichen Konzern.

Die Anlagen der 12 "ingenios" (Zuckerfabriken) des CEA, deren Gründung bis ins letzte Jahrhundert zurückreicht, liegen z.T. weit hinter den heute erreichten technologischen Standards. Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen wurden nur unzureichend vorgenommen. Der Konzern beschäftigt 25 000 Arbeiter und Angestellte ganzjährig, 15 000 während 10 Monaten und 40 000 weitere in der sechsmonatigen Ernte. Diese "picadores" (die Erntearbeiter) sind überwiegend haitianische Wanderarbeiter oder illegal im Land lebende Haitianer. Insgesamt hat der CEA im Jahresdurchschnitt ca. 60 000 Beschäftigte, die für eine Jahresproduktion ca. 12,5 t Rohzucker pro Beschäftigtem sorgen. Zum Vergleich: die private Casa Vicini erreicht eine Beschäftigtenproduktivität von 18 t und das ausländische Unternehmen Central Romana von 19,5 t, 50% mehr als der staatliche Konzern.

Zum Ende des Jahres 1985, als der Beginn der Erntekampagne 1985/86 unmittelbar bevorstand, war das faktische Aus für das staatliche Unternehmen gekommen: das "Colegio de Economistas" kalkulier-

Regierung ordnet an:

Reaktorunfälle gibt es nur im Osten

Regierung ordnet an:

Radioaktivität ist gesunken harmlos und völlig ungefährlich

jedes Atomkraftwerk geht irgendwann kaputt

Regierung erklärt:

alles unter Kontrolle

CDU empfiehlt:

Stelzen kaufen für alle Dackel

die Erde strahlt

Heute noch günstig

BANANEN

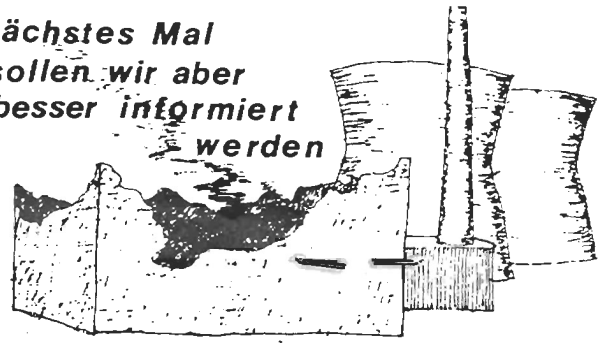
aus Costa Rica

garantiert ohne Strahlung

Alles Panikmache sehen Sie irgendwo Strahlung?

jetzt könnten wir eine zweite Katastrophe noch verhindern

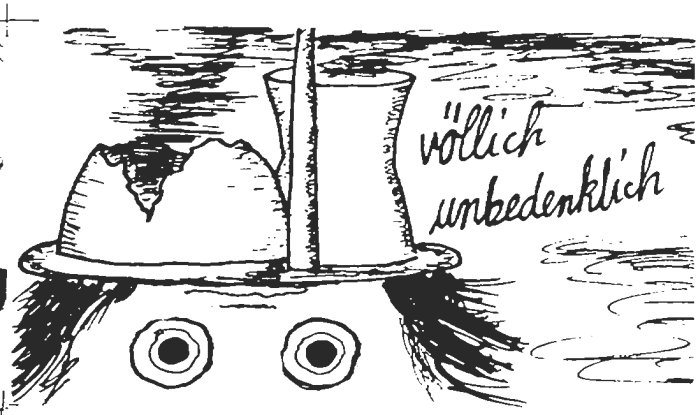
nächstes Mal sollen wir aber besser informiert werden



aussteigen aus der Atomenergie*

*wenn 1. ... 2. ...3. ...4. ...5. ... 6. ...



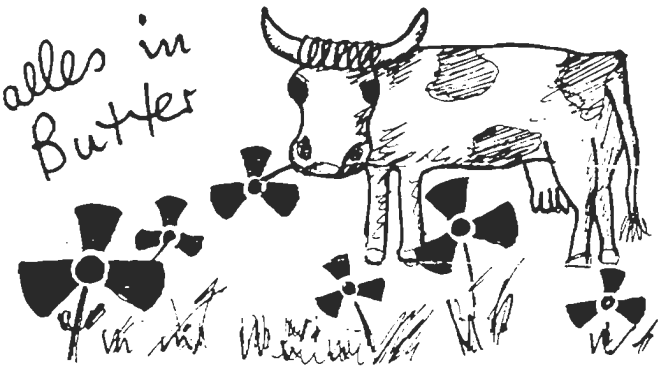


bei uns kommt der Strom aus der Steckdose



alles in Butter

- Jod 131
- Cäsium
- Strontium
- Neptunium
- Plutonium
- .....



wir wollen leben ohne Rest Risiko

te Kosten in Höhe von 518 Mio. Pesos, Einnahmen von nur 176 Mio. und damit ein Defizit von 342 Mio., ca. 110 Mio. US-$. Und wie um den Unkenrufen recht zu geben, war der Konzern im Dezember vergangenen Jahres nicht mehr in der Lage, die Gehälter und Weihnachtsgratifikationen der festen Arbeiter und Angestellten zu bezahlen.

Nach tagelangen Straßenschlachten just zum Heiligen Abend machte die Regierung dann von ihrem vornehmsten Recht Gebrauch: Sie fällte Fehlentscheidungen.

"Dominicanizar la zafra" heißt die neue Lösung, was übersetzt so viel bedeutet wie "was die billigen Arbeitssklaven aus Haiti schaffen, können wir mit höheren Kosten selber auch nicht besser!

Statt, wie seit Generationen üblich, ca. 20 000 Haitianer - die sogenannten "braceros" - einzuführen und sie für einen Tagelohn von 2 - 3 US-$ bei freier Verpflegung mit Zuckerrohrsaft und freier Unterkunft in feuchten Arbeitslagern per Hand pro Tag zwei bis drei Tonnen Rohr schlagen zu lassen, sollten nun die Dominikaner selbst von den angenehmen Arbeitsbedingungen unter freiem Himmel profitieren können.

Schließlich sollte es bei einer offenen Arbeitslosigkeit von ca. 20% und einer Unterbeschäftigung von etwa der Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung doch möglich sein, die Ernte auch ohne Gastarbeiter einzufahren und noch dazu bei Entlastung des Arbeitsmarktes.

So verkündete Präsident Jorge Blanco am 12. Dezember 1985, dieses Mal würden keine haitianischen "braceros" angeworben.

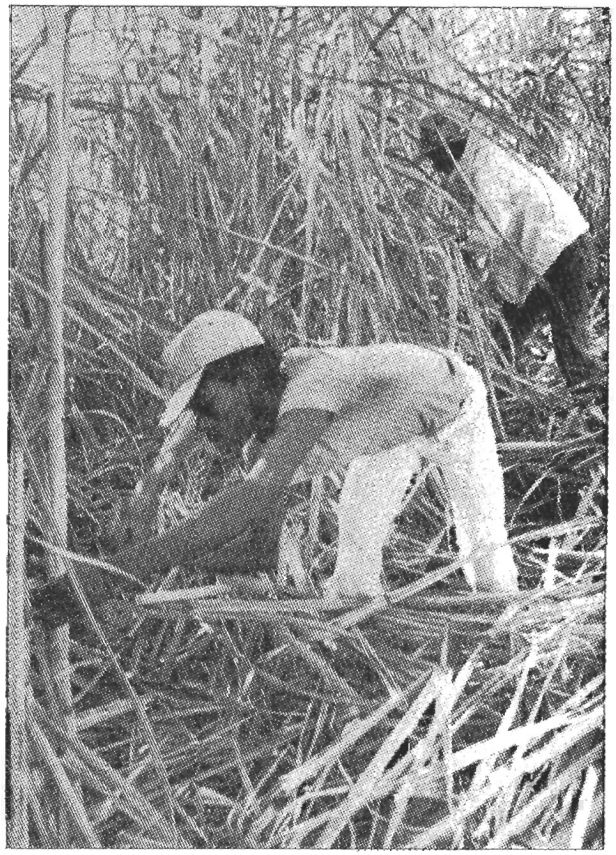
Was veranlaßte die Regierung zu ihrem Schritt, mit dem von den Vereinten Nationen schon vor Jahren als Sklaverei gebrandmarkten System der "braceros" zu brechen? Solidarität mit dem geknechteten Nachbarvolk? Der Wille, mit den Menschenrechten ernst zu machen?

Selbstverständlich nichts von alledem, sondern schlicht die Tatsache, daß das Regierungsabkommen zwischen Santo Domingo und Port-au-Prince für den von der haitianischen Diktatur organisierten Verleih von "braceros" eine Zahlung von Millionen Pesos vorsieht - in Dollar freilich und direkt an die Regierung des Nachbarlandes. Devisen aber hat der CEA nur in Form von Schulden.

Doch die nationalistische Vision erwies sich als Luftschloß, der Traum wurde zum Trauma. Zunächst meldeten sich Gewerkschaften, Linksparteien und die Kirche mit unerhörten Forderungen: höhere Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und Sanierung der menschenunwürdigen Unterkünfte in den "bateys". Der staatliche Konzern versprach angemessene Bezahlung und "menschliche Behandlung", wodurch er rückwirkend eingestand, daß diese den haitianischen "braceros" nicht zugestanden worden war.

Trotzdem: der Aufruf verhallte ungehört, sobald sich die vom CEA gebotene Akkordentlohnung pro Tonne geschlagenen Rohrs als Zahlenspielerei erwies. Tatsächlich kommen auch durchtrainierte und erfahrene "picadores" kaum über den gesetzlichen Mindestlohn von knapp 90 $.

Alle Räder standen still, weil kein starker Arm wollte. Statt wie vorgesehen im Dezember mit der sechsmonatigen Erntekampagne zu beginnen, waren von den 12 Zuckerfabriken des CEA Anfang Februar noch sechs wegen Arbeitskäftemangels außer Betrieb. Und das obwohl der Zuckerkonzern entgegen der Regierungsentscheidung doch damit begonnen hatte, "braceros" an der dominikanisch-haitianischen Grenze anzuwerben.



Am 2. Februar wurde durch ein Mißgeschick bekannt, daß die Regierung ihren entschlossenen Schritt schon wieder bereut hatte: Der CEA beschwerte sich, daß die dominikanischen Grenztruppen 400 angeworbene Haitianer wieder nach Hause geschickt hatten, weil die Grenze wegen der Ereignisse in Haiti geschlossen worden war.

Aber die Kurskorrektur kam zu spät: Dem vorwiegend von Duvaliers Tontons Macoutes organisierten Sklavenhandel war durch die Flucht des Diktators und die Rache an der Geheimpolizei das Management entzogen worden - die "braceros" blieben aus, und diesseits der Grenze wiegte das Rohr zunehmend saftlos im Wind.

Am 10. Februar schickte Präsident Jorge Blanco, Oberbefehlshaber von Militär und Polizei, seine Truppen ins Feld. Von den Generälen durch patriotische Reden in die rechte Stimmung versetzt,vertauschten die Soldaten ihre Gewehre mit der Machete und raspeln sich seitdem durch das süße Unterholz.

Sie blieben nicht allein: Flores Estrella, Staatssekretär im Präsidialamt, wettete 2 t Zuckerrohr pro Tag auf seine im Tennisclub gestählte Rückhand und machte sich als nachahmenswürdiges Beispiel aus dem Staatssektor auf zum Phototermin im nächstgelegenen "ingenio". Ihm folgten - freiwillig versteht sich - der halbe Präsidentenpalast, Ministerien und Behörden, ohne daß dies weiter auffiel.

Am 20. Februar veröffentlichte die Presse eine erste Bilanz: Zu diesem Zeitpunkt hieben 34 000 Soldaten und Polizisten, 5 000 dominikanische Freiwillige und 9 000 haitianische "braceros" (zum großen Teil im Land lebende illegale Wanderarbeiter) neben den festen Arbeitern des CEA auf die schlanken Stengel ein; Arbeitskräftedefizit: 10 000.

Wohl auf eigene Initiative, in jedem Fall von niemand daran gehindert, nahmen Polizei und Militär die Lösung dieses Problems mittlerweile in die eigenen Hände. Über die Gründe für die ungewohnte Betriebsamkeit der Uniformierten gibt es nur Spekulationen: 15 Pesos Kopfgeld - so ein Gerücht - zahlt der staatliche Zuckerkonzern jedem, der einen Haitianer auf die Felder bringt.

Nach Protesten des dominikanischen Solidaritätskomitees mit Haiti, einiger Linksparteien und einer Gruppe von Priestern aus der Zuckerregion um San Pedro de Macorís kann kaum mehr bezweifelt werden, daß Polizei und Militär tatsächlich regelrechte Jagden auf alles veranstalteten, was "créole" spricht - illegale Wanderarbeiter ebenso wie anerkannte politische Asylanten.

Nicht gerade erbaut über die Aussicht, selber ins Zuckerrohr geschickt zu werden, prügeln die Ordnungskräfte zusammen, was der freie Arbeitsmarkt nicht hergibt. In den Armenvierteln der Städte müssen - nicht verstummenden Gerüchten zufolge - arbeitslose dominikanische Jugendliche, die sich nach Einbruch der Dunkelheit noch auf den Straßen aufhalten, damit rechnen, Opfer einer nächtlichen Razzia zu werden. Im Polizeigewahrsam gefügig geprügelt finden sie sich dann am nächsten Morgen auf einem Zuckerrohrfeld wieder.

Doch bisweilen entkommt einer seinem Schicksal: Das lokale Amateursportidol Santiago Pérez Robles aus dem "barrio" San Carlos in Santo Domingo wurde von der tropischen Variante des Arbeitsdienstes nachhaltig befreit: in Handschellen gefesselt durch einen Schuß ins Genick. Der Jugendliche war Opfer einer Razzia mit unbekanntem Ziel geworden, der Polizeiarzt diagnostizierte Tod durch Verkehrsunfall; eine von den Agehörigen erwirkte Autopsie brachte die Wahrheit an den Tag. In diesem Fall wurden die schuldigen Polizisten sofort entlassen und vor Gericht gestellt. Aber es ist eben kein Einzelfall.



PERU

Alan García und die Sozialistische Internationale

Zwischen dem 20. und 23. Juni findet das internationale Treffen der Sozialistischen Internationale (SI) in Lima / Peru statt, an dem u.a. Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans Koschnik teilnehmen werden. Damit wird Peru sicher wieder für einige Tage die Aufmerksamkeit der hiesigen Presse auf sich lenken, was aber wohl nicht zu einer wünschenswerten Berichterstattung über dieses Land führen wird. Wir nehmen dieses Treffen zum Anlaß, die in der Presse vieldiskutierte, scheinbar anti-imperialistische Politik der neuen Regierung unter Alan García einmal kritisch zu beleuchten und das Interesse der SI darzustellen.

Vor der Wahl hatte der PAP (Partido Aprista Peruano,auch als APRA bekannt) mit großem Propagandaaufwand eine demokratische, nationale und antiimperialistische Politik angekündigt. Seit der Regierungsübernahme durch diese Partei am 28. Juli 1985 hat sich zwar die antiimperialistische Propaganda Alan Garcías verstärkt, die politische Praxis stellt hingegen ihr genaues Gegenteil dar. Das Land stürzt immer tiefer in die politische, ökonomische, soziale und moralische Krise, der mit demagogischen Sprüchen und einigen Finanzlenkungen mit Sicherheit nicht beizukommen ist.

ZUR KONKRETEN POLITIK DES PAP: DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

Die Menschenrechtspolitik der Regierung Alan García ist eine konsequente Fortführung der menschenfeindlichen Politik seines Vorgängers Fernando Belaúnde Terry.

Am 7.2.1986 wurden Ausnahmezustand und eine nächtliche Ausgangssperre über die Hauptstadt Lima verhängt, die bis heute verlängert wurden. Damit lebt nun die Hälfte der Peruaner ohne bürgerliche Rechte und Garantien, da das Kriegsrecht auch in den schon länger betroffenen Andengebieten weiterhin gilt. Zur Zeit wird die Ausweitung des Ausnahmezustands auf das Andendepartement Puno befürchtet.

Man schätzt, daß pro Nacht allein in Lima 10 Menschen durch Polizei- und Armeeterror ihr Leben verlieren. Hinzu kommen die Opfer der Repression gegen die derzeit fast täglich stattfindenden Kund-

gebungen und Streiks. Die Vertreter der Internationalen Menschenrechtskommission stellten am 4.4.1986 fest, daß die Menschenrechte weiterhin mißachtet,Menschen verschleppt werden und verschwinden.

Am 16. April fand eine Demonstration anläßlich des 56. Todestages des Gründers der Kommunistischen Partei Perus, José Carlos Mariátegui mit Kranzniederlegung statt. Während des friedlichen Marsches und der anschließenden Kranzniederlegung griff die Polizei mehrmals an und verletzte dabei mehrere Abgeordnete der Vereinigten Linken (Izquierda Unida - IU), einige davon schwer.

Im Andengebiet wurden erneut Massaker verübt,so z.B. in den Dorfgemeinschaften Bellavista (4.9.1985) und Umaro (18.8.85). Der Generalstabschef der Armee wurde zwar daraufhin abgesetzt, eine gerichtliche Untersuchung und die Bestrafung der Verantwortlichen unterblieb jedoch bis heute. Die Nachforschungen über das Massaker von Chapis, das 1984 stattgefunden haben soll (ca. 3 000 Tote) und erst kürzlich bekannt wurde, wurden von der Armee verhindert. Am 3. Oktober 1985 wurden 20 000 Menschen eines neugegründeten Elendsviertels in Garagaray mit Kavallerie und gepanzerten Fahrzeugen "abgeräumt", wobei es zu vielen Verletzten und einigen Toten kam. Am 15.4.1986 wurde wieder ein neues Elendsviertel, "Las Esferas", in ähnlicher Weise beseitigt.

Am 4. Oktober 1985 wurden 30 politische Gefangene im Gefängnis "Lurigancho" durch Schüsse und Feuer ermordet. Die Folter ist weiterhin die gängige Verhörmethode. Im April dieses Jahres kamen innerhalb einer Woche in Lima drei Arbeiter in verschiedenen Verhörzentren der Polizei ums Leben. Die "comunidades campesinas", die indianischen Dorfgemeinschaften, werden wie bisher gezwungen, Bauernmilizen zu bilden und sich in sogenannten "Wehrdörfern" zu verschanzen, in denen sie der Willkür von Militär und Anti-Guerrilla-Einheiten der "Sinchis" ausgefliefert sind.

Die während des Wahlkampfs angekündigte Amnestie hat nicht stattgefunden. Und Offiziere und Soldaten, die wegen Menschenrechtsverbrechen beschuldigt sind, wurden bisher in keinem Fall gericht lich belangt.

Obwohl es keine direkte Pressezensur mehr gibt, fällt auf, daß kaum noch über Greueltaten von Polizei und Armee berichtet wird. Mehrere Journalisten wurden von Polizei und Schlägergebanden zusammengeprügelt, das Lokal der Zeitschrift "Oiga" von der Polizei durchwühlt. Offensichtlich wird auf die Zeitungen und Zeitschriften, die noch nicht auf Regierungskurs eingeschwenkt sind, ein starker Druck zur Selbstzensur ausgeübt.
Einige wohlmeinende Verteidiger der Regierungspolitik vertreten die Auffassung, der PAP werde durch die Armee unter Druck gesetzt und könne daher nicht so wie er wolle. Gerade der PAP jedoch stärkt der Armee öffentlich den Rücken und erklärt die Militäraktionen für verfassungskonform. Viele Abgeordnete dieser Partei verlangen sogar nach einem noch härteren Durchgreifen.

DIE NATIONALE, ANTIIMPERIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Nur 10% der Exporterlöse sollen für Zinszahlungen und Schuldentilgung verwendet werden, erklärt Alan García unermüdlich bei seinen In- und Auslandsauftritten.

Aber schon Anfang 1986 wies der Senator der IU, Javier Diez Canseco (Generalsekretär der Mariateguistischen Einheitspartei",PUM) auf Grundlage ihm zugänglichen Materials nach, daß die peruanische Regierung im Quartal August bis Oktober 1985 annähernd 32% der Exporterlöse an die Kreditgeber gezahlt hatte (Exporteinnahmen: 830 Mio. US-$, Zahlungsvolumen: 264 Mio. US-$). Mittlerweile teilte das Mitglied der Nationalen Regierungsplanungskommission des PAP, Manuel Vasquez, der Presse mit, die Regierung habe zwischen Juli und Dezember 1985 sogar 52% der Exporterlöse gezahlt.

Schwerpunkt der nationalen Entwicklungspolitik der Regierung sollte die Förderung der Landwirtschaft sein, vor allem in den ärmsten Teilen der Andenregion. Der Anteil von 2% am Staatshaushalt spricht eine deutliche Sprache. Einige Maßnahmen sind zwar propagandistisch sehr gut zu verwerten, lösen aber die Probleme der Bauern nicht. Beispielsweise wurde der Preis für den Dünger Marke "Uria" um 20% gesenkt, der jedoch nur für die Küstenregionen tauglich ist.
Die ärmsten "comunidades campesinas" müssen keine Zinsen mehr für Kredite der staatlichen Landwirtschaftsbank zahlen, können aber die verlangten Garantien nicht vorweisen, um überhaupt erst in den Genuß der Kredite zu kommen.
Zur Senkung der Preise für Hühnerfleisch wurde Mais importiert und subventioniert auf den Markt gebracht. Dadurch wurden die ein heimischen Maisproduzenten, denen man gerade einen höheren Verkaufspreis zugestanden hatte, ruiniert.
Vielen Bauerngemeinschaften wurden einmalige Schenkungen im Wert von 10 bis 100 DM (!) überreicht, um ihre Probleme zu "lösen".

Auch die "antiimperialistische" Politik zeichnet sich in hohem Maß durch Widersprüche zwischen Theorie (Propaganda) und Praxis aus. Auf der einen Seite werden die USA vor einer direkten Intervention in Nicaragua gewarnt und gegebenenfalls mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht (was für die Sandinisten politisch durchaus bedeutsam ist), andererseits stellen die neuen Erdölverträge mit dem US-Multi "Occidental" nach einhelliger Meinung der Oppositionsparteien einen Ausverkauf grundlegender nationaler Interessen dar.

In der PAP-Politik spiegelt sich der Machtkampf der verschiedenen widerstreitenden Fraktionen dieser populistischen Partei wider, wobei Alan García als Vertreter der Industriellen-Fraktion der Großbourgeoisie - die eine Modernisierung des Kapitalismus anstrebt - fungiert, gegenüber der konservativen, teils oligarchischen, teils halbfeudalen und frühkapitalistischen Parteimehrheit.

DER WIDERSTAND WÄCHST

Mittlerweile bekommt die nach wie vor hohe Popularität von Alan García unübersehbare Risse. Es sind die fortschrittlichsten, organisierten Kräfte der Arbeiterklasse, der Landbauern, des Landproletariats und der Angestellten, die dem PAP nach einer anfänglich abwartenden Haltung den Kampf angesagt haben. Nahezu alle wichtigen Sektoren der Volksbewegung sind in mehr oder weniger langfristige Streiks getreten. Hier eine kurze Chronologie:

- März 1986: dreiwöchiger Streik der Minenarbeiter von"Centromin"
- 10.-12. April: Streik in allen peruanischen Minen
- 3. April: Beginn eines unbefristeten Genralstreiks des Zuckerrohrlandproletariats
- 10. April: Beginn eines unbefristeten Streiks der Ärzte und des Personals im staatlichen Gesundheitssektor. Hungerstreik im Parlament.
- 9. April: Streik der Erdölarbeiter
- 24. April: Beginn eines dreiwöchigen Streiks der Erdölarbeiter
- Beginn eines unbefristeten Streiks von 10 000 Arbeitern der Wasserwerke sowie des Hoch- und Tiefbaus
- April: 48stündiger Generalstreik im Departement Puno, ausgerufen durch das "Kampfkomitee Puno"
- 17. April: Streik der Arbeiter des Transportministeriums
- April: mehrtägiger Streik im Fischereisektor

(Bei den unbefristeten Streiks konnten wir wegen der starken Verzögerung der Informationen bis Redaktionsschluß nicht klären, ob und wann sie beendet wurden.)

Von besonderer Bedeutung sind drei Ereignisse, weil sie eine direkte politische Konfrontation mit dem Staatsapparat bedeuten:

1) Am 19.4. fand ein Generalstreik - ausgerufen von der "Front zur Verteidigung der Interessen von San Martin" (Fedip) in der Urwaldstadt Tarapoto statt, während dem der Fedip die Macht in der Stadt übernahm und Polizei und Armee in die Kasernen zwang. Der eilig herbeigereiste Innenminister Abel Salinas und der Generalsekretär des PAP, Villanueva del Campo, wurden abgewiesen und mußten unverrichteter Dinge nach Lima zurückkehren.

2) Trotz des Kriegsrechts trafen sich vom 13. bis 15. März erstmals seit 1980 Vertreter von 235 Bauerngemeinden in Ayacucho, um ihre ökonomischen und politischen Interessen zu artikulieren und sich wieder zu organisieren.

3) Am 8. Mai traten 140 000 Lehrer der Gewerkschaft SUTEP in eine unbefristeten Streik, dem sich inzwischen der gesamte öffentliche Dienst unter Führung der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten CITE angeschlossen hat. Die Repression durch Polizeieinheiten und bewaffnete Gruppen des PAP, der sogenannten "bufalos" ist beispiellos und hatte viele verletzte Gewerkschafter und Verhaftungen zur Folge.

DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE IN PERU

Angesichts dieser sich zuspitzenden Lage bedeutet das Treffen der SI in Lima einen wichtigen politischen Rückhalt und Prestigegewinn für die Regierung von Alan García, und zwar sowohl in Peru selbst als auch gegenüber dem Ausland. Der Anspruch Alan Garcías, zum führenden Kopf der lateinamerikanischen Länder zu werden, deckt sich auch mit den Interessen der SI in dieser Region. So ist es kein Zufall, daß sich die SI ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt in Lima trifft.

Alán García könnte die neue politische Speerspitze der Sozialdemokratie in Lateinamerika werden, zumal die alten SI-Parteien PRI in Mexico und Acción Democrática in Venezuela abgewirtschaftet haben und sich der US-Einfluß durch die Demokratisierungsstrategie gegenüber den ehemaligen Diktaturen (El Salvador, Haiti, Argentinien, Uruguay, Honduras, Guatemala) einerseits und die militärische Präsenz andererseits (Honduras, Costa Rica, Grenada, Guatemala El Salvador etc.) verstärkt hat.
Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas, die es sich aus innepolitischen Rücksichten nicht leisten wollen oder können, gegen die USA allzu großes Geschütz aufzufahren, haben in Alan García ein Mittel gefunden, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie können den USA auf dem Terrain ihrer ureigensten politischen und ökonomischen Interessen Paroli bieten und gleichzeitig eine Alternative zu Fidel Castros Cuba und den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen offerieren.

Wie schon einmal - unter Velascos reformistischer Militärregiegierung 1968 soll Peru als Modell eines alternativen dritten Weges für "Drittweltländer" propagiert werden. (Damals wurde Peru Schwerpunktland bundesdeutscher Entwicklungshilfe.) Insofern kann sich Alan García der Unterstützung in Form von Krediten seitens sozialdemokratischer oder sozialistischer Regierungen sicher sein.

Die SI - und insbesondere die in dieser Organisation führende bundesdeutsche Sozialdemokratie - sah es schon immer als ihre vornehmste Aufgabe an, entsprechend ihrer ideologischen Postulate potentielle und revolutionäre Bewegungen in friedliche, reformerische und - falls nicht möglich - zumindest für die westlichen imperialistischen Länder kontrollierbare Bahnen zu lenken. Diese Haltung drückte Willy Brandt so aus: "... wer die Evolution ablehnt, fördert die Revolution." (1)

Alan García scheint im Moment der geeignetste Mann für die Umsetzung der SI-Postulate in Lateinamerika zu sein. Neben dieser Pazifizierungsstrategie, die nicht immer unmittelbar mit ökonomischen Zielsetzungen verbunden ist, spielen diese jedoch in Bezug auf Peru die entscheidende Rolle. Denn als drittgrößtes Land Südamerikas ermöglicht es unter der PAP-Regierung eine Verstärkung der Rolle ausländischen Kapitals in diesem Land und den Andenpakt staaten.



Aber Alan García kann nicht als willenloses Instrument der SI angesehen werden. Er verfolgt seinerseits die Strategie, durch die Öffnung zum europäischen Kapital die USA unter Konkurrenzdruck zu bringen und dadurch sowohl dem europäischen als auch dem US-Kapital günstigere Bedingungen als Voraussetzung für eine kapitalistische Modernisierung Perus abzutrotzen. Ein guter Rückhalt durch die SI würde auch seine Position gegenüber den halbfeudalen, reaktionären Kräften innerhalb seiner Partei stärken, die bisher kaum Bereitschaft zeigen, sich der Modernisierungsstrategie anzuschließen.

ANMERKUNGEN:

1) Der Spiegel, 24.11.1975, zitiert nach: Sozialdemokratie in Lateinamerika, FDCL 1982

Weitere Quellen:

Sozialdemokratie und Lateinamerika, FDCL 1982
Peru-Informationen 11, Peru-Komitee Essen, März 1986
Resumen Semanal Nr. 360 - 363, DESCO, Lima
Interviews mit: Saturnino Corinahua, Generalsekretär der Bauerngewerkschaft CCP, Essen, 5.4.1986
Jorge Hurtado Pozo ("Ludovico"), Generalsekretär von UNIR (Unión de Izquierda Revolucionaria), Essen, 10.5.1986
Qué Hacer, April 1986, Lima / Peru

FILM

32. Kurzfilmtage in Oberhausen

Die Westdeutschen Kurzfilmtage stecken seit geraumer Zeit in einer Krise. Bekanntermaßen sind die Absatzmöglichkeiten von Kurzfilmen in letzter Zeit spürbar zurückgegangen, und auch inhaltlich bleiben einige Wünsche offen. Insbesondere die Mehrheit der nationalen Beiträge liegt thematisch nicht unbedingt auf der Höhe der Zeit. Von anhaltender Massenarbeitslosigkeit oder Hochrüstung blieben die Betrachter bundesdeutscher Wettbewerbsbeiträge 1986 zumindest auf der Leinwand in Oberhausen verschont.

So ist die wachsende Kritik an der Konzeption des Festivals - wie sie beispielsweise von den Gewerkschaften geäußert wurde - nicht weiter verwunderlich. Zumal es den Organisatoren außerordentlich schwer fiel und fällt, die Kurzfilmtage für die Bevölkerung zu etablieren. Trotz durchaus erschwinglicher Eintrittpreise ist die Resonanz der Oberhausener auf das Festival ausgesprochen gering. Das war auch nach dem Wechsel in der Leitung der Kurzfilmtage (Carola Gramann löste in diesem Jahr den langjährigen Leiter Wolfgang Ruf ab) nicht anders.

Dennoch haben die Oberhausener Filmtage nach wie vor einen nicht geringen Stellenwert, wenn er auch hierzulande zu sinken scheint. Traditionell nehmen Produktionen aus osteuropäischen Staaten ("Wege zum Nachbarn") einen breiten Raum ein, darüberhinaus werden auch Einblicke in das Filmschaffen außerhalb Europas geboten: Von den gut siebzig Wettbewerbsbeiträgen kamen u.a, sieben aus Asien, sechs aus Lateinamerika und zwei aus Afrika.

PREISE

Wie in den vorangegangenen Jahren ging auch 1986 der erste Preis an eine lateinamerikanische Produktion (im letzten Jahr waren die brasilianischen Beiträge "En nome da seguranca" und "Povo da lua, povo do sangue" prämiert worden.) Den Hauptpreis und zahlreiche weitere Preise erhielt in diesem Jahr der chilenische Beitrag "Somos más", der brasilianische Kurzfilm "Frei Tito" wurde mit dem vierten Preis ausgezeichnet.

"Somos más" dokumentiert eindrucksvoll den Widerstand der Bevölkerung gegen Pinochets Terrorregime.Gefilmt wurde eine Demonstration von Frauen im Herbst 1985 in Santiago, die von der Junta-Polizei mit Wasserwerfern brutal aufgelöst wurde. Die Bilder belegen aber auch, daß der Kampf der Frauen für Frieden und Demokratie weitergehen wird.

Die Bahianerin Marlene Franca drehte (bereits 1984) "Frei Tito".

Der katholische Geistliche hatte 1974 im Pariser Exil Selbstmord begangen, nachdem er in Brasilien von den Militärs brutal gefoltert worden war. Im Mittelpunkt des Films steht die Überführung der sterblichen Überreste Frei Titos nach Brasilien. Marlene Franca arbeitet zur Zeit an einem Filmprojekt über die Landarbeiterinnen unter dem Titel "Mulheres da terra".

WEITERE LATEINAMERIKANISCHE BEITRÄGE

Auch der zweite brasilianische Beitrag "Nós de valor -nós de fato" griff ein interessantes Thema auf. Unter dem Titel "Kunst als Prozeß der Wiedererschaffung (des Menschen) im Knast" fanden sich der



auch bei uns bekannte Regisseur Denoy de Oliveira ("Baiano Fantasma") und eine Frauentheatergruppe zu fruchtbarer Arbeit zusammen. Die Theaterleute aus einem Gefängnis von Sao Paulo haben unter der Leitung von Maria Rita Freire Costa bereits fünf Theaterstücke realisiert, in denen aktuelle gesellschaftliche Probleme Brasiliens lebendig reflektiert werden. Ihre vorletzte Arbeit "Fala só de Malandragem" wurde 1985 mit dem ersten Preis in Salvador de Bahía prämiert. Das jüngste Projekt der Gruppe trägt den Titel "Ato de liberdade", Regie führt wiederum Denoy.

Tristan Bauers Debütfilm "Fueye" reflektiert seine Sicht der Musikkultur von Buenos Aires unter der Militärdiktatur. Die Musik für diesen, 1984 gedrehten Film wurde von Rodolfo Mederos komponiert.

Bauer führte auch die Kamera des kubanischen Wettbewerbsbeitrags "Ninos desaparecidos". Unter der Regie von Estela Bravo (sie lieferte 1984 ein bemerkenswertes Portrait Maurice Bishops unter dem Titel "Maurice") wird noch einmal das Schicksal der verschwundenen Kinder in das Zentrum unseres Interesses gerückt. Dokumentiert



Laura Estela Carlotto ermordet, bekam im Gefängnis ein Kind, das von den "Großmüttern der Plaza de Mayo" gesucht wird



Juan Pablo wurde von den "Großmüttern der Plaza de Mayo" gefunden.

wird aber auch der aufopfernde Einsatz der "Mütter der Plaza de Mayo" für die Menschenrechte in Argentinien.

Eines der brisantesten Themen unserer Zeit, die Auslandsverschuldung der Staaten Lateinamerikas greift der Kubaner Santiago Alva-

rez in seinem Film "La soledad de los dioses" auf. Im Mittelpunkt seines Beitrages steht die Schuldnerkonferenz im Sommer vergangenen Jahres in Havanna, die nicht nur in Lateinamerika heftige Diskussionen auslöste. In die Redebeiträge der einzelnen Delegierten sind historische und zeitgenössische Bilder zum Thema Ausbeutung montiert, denen klassische Musik unterlegt wurde. War es diese Montagetechnik oder das Selbstbewußtsein der Delegierten zum Thema "Verschuldung", was meine bürgerlichen Kritikerfreunde dazu veranlaßte, diesen Film weitgehend zu ignorieren?

Insgesamt ist allen lateinamerikanischen Beiträgen, einschließlich der Kinderfilme und der Beiträge der Retrospektive ("la infancia de Marisol" und "Las Madres de la Plaza de Mayo"), die unverminderte Vitalität des Dokumentarfilms in Lateinamerika anzumerken. Sie zeigten auch, daß die Filmemacher/innen des Kontinents nach wie vor bereit sind, sich mit der gesellschaftlichen Realität auseinanderzusetzen, ohne daß dies auf Kosten der künstlerischen Qualität geht. Frau Gramann hat somit eine gute Auswahl getroffen, wenn auch beispielsweise Beiträge aus Mittelamerika bedauerlicherweise fehlten.

PORTRÄT EINER GROSSEN KÜNSTLERIN

Nach dem gleichnamigen Titel eines ihrer Lieder hat Stefan Paul einen Film über Mercedes Sosa gedreht. "Será posible el sur" ist zugleich ein Porträt dieser großen argentinischen Künstlerin und ihres Heimatlandes. Paul folgt Mercedes Sosa auf ihrer ersten Tournee nach ihrer Rückkehr aus dem Exil im Jahre 1982. Er hat sie bei über 60 Konzerten in ganz Argentinien begleitet.

Entstanden ist eine lebendige Dokumentation über eine der populärsten Künstlerinnen Lateinamerikas, die gleichsam zu einem Symbol des "aufrechten Gangs" (nicht nur) in Argentinien geworden ist. Es zählt zu den Stärken dieses Films, daß er sich nicht nur als reiner "Konzertfilm" versteht (ohne daß die Musik deshalb zu kurz käme), sondern uns auch einen Eindruck vom Argentinien nach der Diktatur vermittelt. Beeindruckend sind beispielsweise die Sequenzen über ihre Heimatprovinz Tucumán, wo Mercedes Sosa vor gut 50 Jahren als Tochter von Landarbeitern geboren wurde.

Der Film läuft in Berlin vom 29.5. bis 3.6. um 19 Uhr in der Filmbühne am Steinplatz.

USA

Die Stimme des Imperiums

IN DEN INTERNATIONALEN ENTWICKLUNGSBANKEN

Daß die ökonomische Kriegsführung der USA gegen Nicaragua auch internationale Finanzorganisationen einbezieht, ist bekannt. Daß die US-Regierung das nicht zugibt, ergibt sich aus der "unpolitischen" Ideologie, mit der die Arbeit dieser Institutionen umgeben wird, nachdem die Menschenrechtsstrategie der Carter-Ära nur ein paar wirkunglose Bestimmungen für die USA hinterlassen hat: Wo ein bestimmtes Kreditvergabeverhalten politisch begründet wird, ist ein Einfallstor für Boykottaufrufe und spezielle, politisch motivierte Hilfen geschaffen. Auch die Länder der "Dritten Welt" unterstützen i.a. diese "unpolitische" Sichtweise, da nur so ein Höchstmaß an Gleichbehandlung erreicht werden könne.

Daß aber die formelle Verpflichtung auf eine "technische", ökonomische Würdigung von Kreditgesuchen die reale Einflußnahme politischer Interessen nicht verhindert, zeigt sich im Fall USA-Nicaragua. Die im folgenden abgedruckte Tabelle über ablehnende Voten oder Enthaltungen der USA bei multilateralen Entwicklungsbanken (bei denen die USA i.a. eine Sperrminorität halten) ist der Zeitschrift Inter-American Economic Affairs, VOL.38, S.91, entnommen. Die Anmerkungen, die der Herausgeber dieser Zeitschrift anhand der Anhörungen vor dem entsprechenden Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses der Tabelle beifügt, zeigen nicht nur die Unhaltbarkeit der "technischen" Begründung der Kreditverweigerung, sondern auch die Dreistigkeit, mit der entgegen aller Evidenz an der "unpolitischen" Ideologie festgehalten wird. Gleichzeitig wird eine "kurzfristig" orientierte Politik der nicaraguanischen Regierung kritisiert, natürlich aber ignoriert, daß es v.a. der von den USA gesteuerte Krieg ist, der langfristige Planung unmöglich macht. - Wir drucken die genannte Tabelle und Auszüge aus den Anmerkungen des Herausgebers der Inter-American Economic Affairs ab.

"Während der Anhörungen für die Auslandhilfe für 1985 wurde versucht, die Leitlinien (des Stimmverhaltens der USA bei der Kreditvergabe bei multilateralen Entwicklungsbanken) zu definieren, indem dem Finanzministerium spezielle Fragen gestellt wurden.

Da das US-Gesetz vorsieht, daß die Regierung sich Krediten an Nationen widersetzen muß, die als grobe und ständige Verletzer grundlegender Menschenrechte beurteilt werden - mit der Ausnahme

von Krediten, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen -', bat der Abgeordnete McHugh das Finanzministerium um Erläuterung, welche Länder als grobe und ständige Verletzer grundlegender Menschenrechte klassifiziert werden. Das Finanzmnisterium antwortete, daß weder die Regierung Reagan noch die Regierung Carter jemals ein Land als groben und ständigen Verletzer grundlegender Menschenrechte eingestuft habe.

Das Finanzministerium wurde speziell nach Nicaragua, Guatemala, Chile und Paraguay gefragt. Es antwortete, daß keines dieser Länder sich groben und ständigen Verletzungen der Menschenrechte schuldig gemacht habe (Gegenwärtig scheint die US-Regierung ihre Taktik in diesem Bereich wieder zu ändern, Anm. LN).

Dann wurde die Frage gestellt, ob es eine Politk gebe, sich jeder Kreditvergabe jegliche multilateraler Entwicklungsbank an Nicaragua zu widersetzen. Das Finanzministerium antwortete, daß jeder Kreditvorschlag auf einer Fall-zu-Fall-Basis beurteilt würde, daß aber 'die Gesamtheit der Wirtschaftspolitiken, die Nicaragua verfolgt, nicht darauf hindeutet, daß irgendein Entwicklungsprojekt mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit seinen Zweck erfüllt'. Daraus ergebe sich das allgemeine Urteil 'unangemessene makro-ökonomische Politiken' (siehe Tabelle, Anm. LN)." Bei der Betrachtung des US-Stimmverhaltens ergibt sich folglich, daß alle anderen lateinamerikanischen Länder - außer Kuba, natürlich - "angemessene" Politiken betreiben.
"Weiter wurde in der Anhörung gefragt: 'Ist es die Position der Regierung Reagan, daß Nicaragua unter den Ländern, die Mitglied der multilateralen Entwicklungsbanken sind, die am schlechtesten geführte Wirtschaft hat?' Das Finanzministerium antwortete: 'Es ist nicht klar,wie man systematisch das wirtschaftliche Management aller Nationen der Welt vergleichen kann. Die Politiken der Regierung von Nicaragua zielen jedoch auf kurzfristige Ergebnisse, auf Kosten langfristigen Wachstums und Entwicklung, so daß weiterhin eine relativ armselige Verwendung von Ressourcen zu erwarten ist. Die gegenwärtigen Politiken wurden absichtlich angewandt, um kurzfristige Ziele, z.B. im Konsum,zu erreichen, was letztlich den Erfolg der meisten Investitionsprojekte unterminiert. Mehr noch, wir haben keine Umkehrung oder Absicht zur Umkehr dieser Politiken in angemessener Weise feststellen können, welche uns glauben machen könnten, daß Nicaragua seine eigenen Ressourcen mobilisiert, um eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung zu erlangen.'"

Jahr	Kreditnehmer	Betrag Mio.$	Projekt	US-Stimme	Begründung für US-Stimme
1975	Costa Rica	50,5	Energie	NEIN	exzessive Kreditbedingungen
1976	Honduras	3,0	Hafen	NEIN	ungerechtfertigte Kosten
1979	Ecuador	50,5	Industrie	Enth.	exzessiver Zollschutz
1980	Kolumbien	44,0	Energie	Enth.	mangelhafte Erträge
1981	Mexico	80,0	Fischerei	Enth.	mangelhafte ökon. Begründung
1981	Mexico	165,0	Landwirtschaft	NEIN	Kontroverse über Zinsrate
1981	Kolumbien	10,0	seismische Meeresstudien	Enth.	unangemessene Preispolitik
1982	Nicaragua	16,0	Gemeindeentwicklung	NEIN	unangemessene makroökonom. Politik
1982	Bahamas	5,8	Städtebauprojekt	Enth.	keine Wiederholbarkeit des Projekts
1982	Peru	81,2	Ölförderung an der Küste	Enth.	potentielle Verdrängung von ausländ. Privatkap.
1982	Nicaragua	0,5	Landwirtschaft	NEIN	unangemessene makroökonom. Politik
1982	Nicaragua	0.5	Fischereigenossenschaft	NEIN	unangemessene makroökonom. Politik
1982	Nicaragua	34,4	Energie	NEIN	unangemessene makroökonom. Politik
1983	Nicaragua	30,7	Wiederaufbau der Fischerei-Ind.	NEIN	unangemessene makroökonom. Politik
1983	Chile	268,0	Codelco-Kupfer-Gesellschaft	NEIN	unangemessene Finanzstrukturen

SOLIDARITÄT

Laura Pinto in El Salvador entführt

Die INFORMATIONSSTELLE EL SALVADOR schickte uns folgende Mitteilung mit der Bitte, Protestbriefe an die salvadorianische Regierung zu schicken. Wir schließen uns dieser Bitte an und fordern die Leser der LN auf, den unten abgedruckten Brief abzuschicken.

"Mich erreichte die Nachricht aus El Salvador, die vom Menschenrechtsbüro des Erzbischofstums von San Salvador "Tutela legal" bestätigt wurde, daß Frau Laura Pinto, Mitarbeiterin im Komitee der Mütter und Angehörigen von politischen Gefangenen, Verschwundenen und Getöteten, Oscar Arnulfo Romero (COMADRES), am 6. Mai in San Salvador von drei Männern in Zivil entführt worden ist.

Die Männer waren nicht uniformiert, hatten ihre Gesichter verdeckt und zwangen sie mit vorgehaltener Pistole in ein Auto einzusteigen. Am 8. Mai wurde Frau Pinto in San Salvador freigelassen. Sie berichtete in einer Erklärung (die mir noch nicht vorliegt), daß sie vergewaltigt und gefoltert wurde. Die Männer, die sie entführten und folterten, wollten Auskünfte über die Arbeit des Komitees, Namen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Laura Pinto war im Januar und Februar zusammen mit Flor Maria Diaz in der Bundesrepublik und in der Schweiz auf einer Informationsrundreise. Die beiden Frauen haben die Situation der Menschenrechte in ihrem Land geschildert (vgl. LN 147, S. 20-30).

Vielen von Euch ist Laura Pinto persönlich bekannt, sie hat immer wieder von der Gefährlichkeit ihrer Arbeit gesprochen und von dem Sicherheitsrisiko für sie, wenn sie in Europa öffentlich auftritt und über ihr Land berichtet.

Es liegt jetzt an uns, gegenüber der salvadorianischen Regierung zu zeigen, daß wir die Entwicklung der Menschenrechtslage beobachten und uns dazu äußern. Wir müssen massiv gegen die Repression gegenüber Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften usw. protestieren.

Im Falle von Laura Pinto gilt es, diesen Protest gegenüber der salvadorianischen Regierung sehr deutlich zu machen und die vollständige Aufklärung der Umstände und Hintergründe der Entführung zu fordern und zu verlangen, daß die Verantwortlichen für diese Tat gerichtlich belangt werden."

Bitte schickt möglichst viele Briefe folgenden Inhalts an die salvadorianische Regierung:

Presidente de la República
Ing. José Napoleón Duarte
Casa de Gobierno
San Salvador
El Salvador

Señor Presidente,
es con gran preocupación que estamos observando la situación de los derechos humanos en El Salvador.
Hace meses el ejército salvadoreño lleva operaciones en contra la población civil para desalojarla fuera de las zonas agredidas. Hemos aprendido de muchas detenciones de miembros de organizaciones sindicales, organizaciones humanitarias, grupos estudiantiles ...
Hemos también aprendido con suma preocupación que los escuadrones de la muerte y fuerzas paramilitares están continuando sus operaciones en detrimento de su compromiso que cesen estas actividades.
El día 6 de mayo fue capturada la Sra. Laura Pinto, conocida y comprometida trabajadora en el campo de los derechos humanos por tres personas civiles. Ella fue violada y torturada. El día 8 de mayo fue puesta en libertad, sin embargo tememos que ese caso pueda repetirse.
Esto representa una grave violación de los derechos humanos y muestra que los escuadrones de la muerte y fuerzas paramilitares sigan operando en El Salvador. La situación de los derechos humanos en El Salvador es incompatible con un régimen democrático.
Le pedimos urgentemente y exigimos que el caso de la Sra. Pinto sea aclarado en su totalidad y que los responsables de estos crímenes sean puestos a un juicio de las autoridades.
Atentamente

Herr Präsident,
mit großer Sorge beobachten wir die Situation der Menschenrechte in El Salvador.
Seit Monaten führt die salvadorianische Armee Operationen gegen die Zivilbevölkerung durch, um sie aus den angegriffenen Zonen zu vertreiben. Wir haben von vielen Verhaftungen von Mitgliedern von Gewerkschaften, humanitären Organisationen, Studentengruppen ... gehört. Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, daß entgegen Ihren Versicherungen die Todesschwadrone und paramilitärische Kräfte weiterhin existent sind.
Am 6. Mai wurde Frau Laura Pinto, eine engagierte Menschenrechtlerin, von Männern in Zivil entführt. Sie wurde vergewaltigt und gefoltert. Am 8. Mai wurde sie freigelassen, aber es steht zu befürchten, daß sich dieser Fall wiederholt. Dies stellt eine schwere Verletzung der Menschenrechte dar und zeigt, daß Todesschwadrone und paramilitärische Kräfte weiterhin in El Salvador aktiv sind
Die Situation der Menschenrechte in El Salvador ist unvereinbar mit einer demokratischen Regierung.
Wir fordern Sie dringlichst auf, dafür zu sorgen, daß der Fall von Frau Pinto vollständig aufgeklärt wird und die Verantwortlichen für dieses Verbrechen gerichtlich verfolgt werden.

REZENSION

Ein Tod in der Familie Sanchez

Ein Elendsviertel in Mexiko ist der Schauplatz dieses außergewöhnlichen Buches, das, bereits 1969 in den USA veröffentlicht, erst 1986 erstmals in deutscher Übersetzung erschien.

Zum Inhalt: Guadelupe, eine sehr arme Frau, stirbt in ihrer winzigen Wohnung in der vecinidad - einem armen Häuserblock in den Slums von Mexiko. Diesen ganz alltäglichen Vorfall versucht Oscar Lewis, amerikanischer Ethnologe, darzustellen, indem er ihn von drei Nichten und Neffen Guadelupes, den Geschwistern Sanchez,erzählen lässt. Die drei unterschiedlichen Darstellungen ihres Todes vermitteln dem Leser einen sehr authentischen Einblick in das Leben der Armen in Mexiko, wo der Tod immer schon eine zentrale Rolle spielte, wo die Erfüllung der Begräbnisrituale für die armen Leute zur schwierigen Aufgabe wird.

Die Alltäglichkeit des Todes wird deutlich an dem Streit über die wenigen Habseligkeiten, die Guadelupe besaß, und der schon vor dem Begräbnis ausbricht.Die Rituale sind verbunden mit Besäufnissen und alltäglichen Streitigkeiten,Spannungen und dem Kampf ums Überleben. Die drei Neffen erzählen jeweils aus ihrer Sicht: Manuel, der Tante gegenüber am gleichgültigsten, hat notorische Geldsorgen und möchte wenigstens etwas von ihr erben. Er ist allen gegenüber voller Misstrauen und hasst den letzten Mann Guadelupes. Jedem, der weint, wirft er vor, Krokodilstränen zu weinen. Roberto, Alkoholiker, betont, wie sehr er an der Tante hing. Bei ihm weiss man nie so genau, ob das, was er sagt, nicht dazu dient, seine materiellen Interessen zu rechtfertigen,ob er nicht ,wie von Manuel behauptet, Krokodilstränen weint. Consuelo, die Schwester, ist die einzige, die nicht mehr im Elendsviertel wohnt. An ihrer Sprache wird deutlich, daß sie "aufgestiegen" ist.Aus der Distanz kann sie als einzige über den gesellschaftlichen Kontext reflektieren.

Spannend ist das Buch deswegen, weil durch die widersprüchlichen Aussagen der drei Sanchez die Distanz einer objektiven Darstellung aufgehoben ist.Und nicht nur widersprechen sich die Aussagen: Nie kann man sich sicher sein, was die Zeugen wirklich empfunden haben: Schließlich ist es ein Ausländer,wenn auch Freund der Familie, aber doch ein Fremder, dem sie erzählen. Lewis umrahmt die Aussagen durch einen Lebenslauf der Tante und durch nüchterne Zahlen und Statistiken,in denen die Armut der Menschen sehr drastisch deutlich wird, und gibt so dem Leser die nötigen Hintergrundsinformationen, um den Kontext vorstellbar zu machen. Die Zahlen wirken durch die Nüchternheit besonders eindrücklich, Lewis vermeidet es,Sentimentalität angesichts der Armut zu erzeugen.

In den Aussagen der Kinder Sanchez sind der Tod und die Gefühle, die man dabei hat, nicht von ökonomischen Interessen zu trennen. Gefühle und Religion haben für den Aussenstehenden einen schwer definierbaren Platz. Man weiß nicht, was nun "echt" ist.Jeder rechtfertigt sich irgendwie selbst. Der Kampf ums Überleben und die Undurchdringlichkeit der Zustände im Elendsviertel werden plastisch.Solidarität und Misstrauen,Hilfe und Konkurrenz gehen ineinander über. Consuelo, die Einzige, die dem schlimmsten Elend entronnen ist - sie ist Stenotypistin, ein typischer Beruf für Frauen in Lateinamerika, die ein bißchen besser gestellt sind - Consuelo ist die Einzige, die reflektiert über die Armut, über die Zustände, über Verbesserungen.

Das Buch reizt zur Interpretation, zu einer eigenen Sicht, die der Autor nicht gibt. Er lässt die Zeugen sprechen, gibt Hintergrundsinformationen, in denen sich seine Parteilichkeit ausdrückt - gegen die Armut, deren Zeuge er durch seine Recherchen ist, aber er belässt es dem Leser,sich ein eigenes Bild zu machen.

Auch unter einem anderen Aspekt ist dieses Buch wichtig: Oscar Lewis ist einer der ersten Ethnologen, der sich in Lateinamerika nicht mit mehr oder weniger unberührten Stämmen oder alten Hochkulturen beschäftigt, sondern mit den neu entstandenen Gruppen in den Elendsvierteln. Die Beschreibung dieser Gruppen bleibt nicht wissenschaftlich distanziert, sondern ist, trotz der Enthaltung eines Kommentares ein politisches Dokument, lesenswert für jeden, der für diese Menschen Partei ergreifen will.Zu fragen wäre,inwieweit manches von dem Faktenmaterial nicht schon überholt ist,ob die Armut nicht 1986 bei einer vergleichbaren Familie schlimmer ist. Das Buch hätte schon eher übersetzt werden müssen!

Oscar Lewis: Ein Tod in der Familie Sanchez
Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1986

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 95, Mai 1986 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: **Exil**; Das aktuelle Heft des ila-info versteht sich als Beitrag gegen die wachsende Asylantenfeindlichkeit und die weitere Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl. Es enthält Beiträge zur Entwicklung der Asylgesetzgebung, ein Interview mit einem exilierten Argentinier zu seinen Erfahrungen als politischer Flüchtling in der BRD, einen Diskussionsbeitrag zur Reserviertheit der Solibewegung gegenüber der Ausländerarbeit, sowie zwei Beiträge über ein weitgehend verdrängtes Thema unserer linken Geschichte: das deutsche Exil in Lateinamerika zwischen 1933 und 1945.
Außerdem u.a.: Uruguay - Bilanz eines Jahres Demokratie / Landbesetzungen in Brasilien / Situation der Indianer im peruanischen Regenwald / Leben und Werk des marxistischen Theoretikers José Carlos Mariátegui / Frauenfriedensmarsch in Mittelamerika.

blätter des iz3w Nr. 133, Mai 1986
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Schwerpunkt des Heftes sind **"Alte/neue Wege in der Landwirtschaft".** Anhand von zwei Fallbeispielen aus Äthiopien und Mexiko wird das Thema dargestellt. Die neue EG-Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt und die EG-Nahrungsmittelhilfe wird in zwei weiteren Artikeln beleuchtet. Daneben gibt es aktuelle Berichte zu Südjemen, Peru und Argentinien sowie einen ausführlichen Beitrag zu den BRD-Ausfuhrbürgschaften.

AIB 5/1986 mit **AIB-Sonderheft** 2/1986 "Philippinen"
Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar zur Libyenkrise und Nikaragua / **Südafrika:** O.Tambo(ANC): Ziele für ein befreites Südafrika, Verschuldung / **Nikaragua:** Interview mit C.Nunez zur neuen Verfassung / **Weltraumrüstung:** Rede des Staatschefs Madagaskars D.Ratsiraka / Artikel zur aktuellen innenpolitischen Entwicklung in Guatemala, Haiti, Libanon, Südkorea.
Sonderheft **"Philippinen":** Was gehen uns die Philippinen an / Von Marcos zu Aquino / Die Befreiungsbewegung / Interview mit Horacio "Boy" Morales (NDF) / Aufstandsbekämpfung mit Tradition / Die US-Basen: Vorposten für Intervention und Erstschlag / Scheitern der Wirtschaftspolitik.

INPREKORR Nr. 180, April 1986
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

u.a.: Strukturwandel der Frauenerwerbstätigkeit / Aus der Defensive heraus (Interview mit Andrea Morrell - USA) / Frauenbewegung im Aufwind (Interview mit Justa Montero - Spanien) / Alle Hausfrauen sind Hausfrauen - doch was folgt daraus / Wachsender Frauenanteil in der Industrie (Interview mit Tatau Godinho - Brasilien) / Das Recht auf Leben (Interview mit Trupti Shah - Indien) / Extreme sexuelle Ausbeutung (Philippinen).

epd - Entwicklungspolitik 8/86
Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

u.a.: Pharma-Kodex im ureigensten Interesse der Industrie / Nicaragua zwischen Solidarität und Kritik / Neue Grundlinien der Entwicklungspolitik des BMZ / Schulden im historischen Rückspiegel / Trotz Verschuldung ungebremste Aufrüstung.

"links", Mai 1986 Postfach 591, 6050 Offenbach

Libyen - der ewige Krieg / Afghanistan / Ägypten - die Sphinx Abu Ghazala / Leserbriefe zuständiger Politiker zur Länderpartnerschaft Hessen-Nicaragua, die keine ist (vgl. "links" April 1986 "Die SPD kriegt kalte Füße").

Eingegangene Bücher

Thomas Müller, Helga Müller-Herbon: **Kinder der Mitte.** Die Q'ero-Indianer. Lamuv, Bornheim-Merten, 1986

Bengt Arne Runnerström: **Arhuaco.** Ein Indiojunge aus Kolumbien erzählt. Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1986

Internationaler Christlicher Friedensdienst: **Umsiedlungen und Flüchtlinge in Nicaragua.** ICFD, Rautenbergstr. 11, 2000 Hamburg 1, 1986

Hannes Bahrmann, Peter Jacobs, Christoph Links: **Killerkommando.** Schwarzbuch: CIA und Contra. Weltkreis-Verlag, Dortmund, 1986

Bernd Graul: **Das Land denen, die es bebauen.** Agrarreform in Nicaragua. Weltkreis-Verlag, Dortmund, 1986

Adalbert Krims: **Karol Wojtyla.** Papst und Politiker. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1986

Augusto Boal: **Nuestra América.** Satiren. Buntbuch, Hamburg, 1986

Termine

PERU UNTER "SOZIALDEMOKRATISCHER" REGIERUNG:
NEUE AGRAR-, SOZIAL- UND SCHULDENPOLITIK EINES ENTWICKLUNGSLANDES?

Wochenendseminar von amnesty international in Kooperation mit der Alfred-Nau-Heimvolkshochschule Bergneustadt mit Gemeinderäten und Gewerkschaftern aus Lima und Cajamarca
Termin: 18.-20. Juli 1986
Anmeldung und Information: Alfred-Nau-Heimvolkshochschule, z.Hd. Frau Wilimzik, Friedrich-Ebert-Str. 1, 5275 Bergneustadt

Im Rahmenprogramm von "ex libris '86" / Berlin
alle Veranstaltungen in der Akademie der Künste, Hanseatenweg 10
Mittwoch, 25.6.1986, 20 Uhr
Eröffnung mit einem Vortrag von Mario Benedetti (Uruguay): Kultur der Armut, Armut der Kultur
Donnerstag, 26.6.1986, 20 Uhr
Lesung von Antonio Skármeta, Hernán Valdés, Cristián Cortés
Montag, 30.6.1986, 20 Uhr
Lesung von Mario Benedetti; Einführung: Peter B. Schumann

Mittwoch, 2.7.1986, 20 Uhr
Lesung von Jorge Edward (Chile), Luis Fayad (Kolumbien), Claudio Lange; Moderation: Ana Jonas
Sonntag, 6.7.1986 ab 18 Uhr
Abschlußfest mit lateinamerikanischer Musik und ...

NICARAGUA: DER MÜHSAME WEG DER BEFREIUNG ODER DAS ABGLEITEN IN EINEN NEUEN ABGRUND?
Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden (AGG): 27.-29.Juni 1986 in Oberwesel
Anmeldung und Information: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn 1

"WER DIE KULTURPOLITISCHE MACHT HAT - HAT DEN POLITISCHEN SIEG"
- Kulturaustausch und Solidaritätsarbeit -
Termin: 13.-15. Juni 1986 in Frankfurt
Anmeldung und Information: Kulturbüro "Dritte Welt", Werkstatt 3, Nernstweg 32 - 34, 2 000 Hamburg 50

INTERNATIONALER WISSENSCHAFTLICHER KONGRESS
"KULTUR UND POLITIK BEI JOSE CARLOS MARIATEGUI UND ANTONIO GRAMSCI"
Termin: 2. - 5. Oktober 1986, Kampnagel, Hamburg
Anmeldung und Information: Kulturfestival e.V., Jarrestr. 20, 2000 Hamburg 60

FILM: "SERA POSIBLE EL SUR?" über die erste Argentinientournee von Mercedes Sosa nach ihrem langjährigen Exil
Berlin, Filmbühne am Steinplatz, 29.5.-3.6.1986, 19 Uhr



Mit Fortschritt ins Elend. Unterrichtsreihe über die Entwicklung der Unterentwicklung in Brasilien für Sek I (ab Klasse 8) uns Sek. II. Die 13 Themen (einzeln einsetzbar) befassen sich u.a. mit dem Hunger durch exportorientierte Landwirtschaft, mit Kolonialismus und Landvertreibung, dem Waldsterben am Amazonas und bei uns, dem "bitteren Zucker", VW do Brasil und der Befreiungstheologie.
Zur UR gehören: 1 Lehrerheft (100 S.), Schülerarbeitsblätter (36 S.), 15 Farbdias, 12 Vorlagen für Overheadfolien. Preis: 36.- DM.
Herausgeber (Bezugsadresse): **Dritte Welt Haus, August Bebel Str. 62, 4800 Bielefeld 1**

Roque Dalton
Armer kleiner Dichter, der ich war

Roman aus und über El Salvador
512 Seiten, engl. Broschur, DM 38.–
rotpunktverlag März 1986



«Ich bin auf dem Weg der Poesie zur Revolution gelangt», schrieb der salvadorianische Revolutionär und Dichter Roque Dalton. Diesen Weg der Poesie, der zur Revolution führt, beschreibt er in seinem stark autobiographischen Roman «Armer kleiner Dichter, der ich war».
Eine ganze Reihe solcher «Dichterlein» kommt darin zu Wort; es ist eine Intelligenzia, die sich fast manisch an europäischen und nordamerikanischen Vorbildern und Denkmustern orientiert und von der Warte einer privilegierten Minderheit aus die eigene salvadorianische Realität zu beurteilen versucht.
Doch das Buch ist nicht bloss eine Satire auf die freischwebenden bürgerlichen Intellektuellen, die sich an dichterischen Spielchen ergötzen. Es ist auch die Erzählung einer fortschreitenden Bewusstwerdung, in deren Verlauf die reinen Sprachspielereien immer mehr in den Hintergrund treten und die Sicht auf die realen Konturen Zentralamerikas immer klarer wird. Es ist die mühevolle Annäherung an die eigne Realität durch das Dickicht eines fremden und entfremdeten Überbaus.
Der Komplexität dieses Unternehmens entsprechen die sprachlichen und darstellerischen Mittel — bei Roque Dalton nahezu unbegrenzt! Dalton war an vielen Orten zu Gast und hat viele Male Abschied genommen — dieses Buch ist der Abschied von dem zugleich geliebten und verachteten Dichterlein, das er war. Als der Guerillero, der er auch war, wurde er 1975, ein Jahr vor Erscheinen dieses Buches, ermordet.

rotpunktverlag (rpv)
Postfach 397
CH-8026 Zürich-Schweiz
Telefon 0041/241 84 34

Auslieferungen:
BRD: Prolit, Postfach 111008, Siemenstr. 18a, 6300 Giessen
Oesterreich: Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20, 1010 Wien